Willy Huhn

Der Etatismus der Sozialdemokratie

Zur Vorgeschichte des Nazifaschismus

Beim Ausbruch des 1. Weltkrieges erfüllte sich an der deutschen Sozialdemokratie die Voraussage Eduard Bernsteins: »Im weiteren Verlaufe wird das Nationale sozialistisch sein... Nennen sich doch schon heute Sozialisten demokratischer Staatswesen gern Nationalisten.« So wurde die Sozialdemokratie, die sich auf den Boden der Landesverteidigung und der Kriegskredite, vor allem aber auf den des »Kriegssozialismus« stellte, vor der Weltgeschichte die erste nationalsozialistische Partei.

Willy Huhn

Der Etatismus der Sozialdemokratie

Zur Vorgeschichte des Nazifaschismus

Mit einem Vorwort von Clemens Nachtmann,
einer biographischen Notiz von Christian Riechers, einer
bibliographischen Information von Ralf Walter sowie einer
Nachbemerkung von Joachim Bruhn

Editorische Notiz

Willy Huhns Essay erschien zuerst 1952 in der Zeitschrift *Aufklärung*, dann in der letzten Ausgabe des theoretischen Organs des SDS *Neue Kritik. Zeitschrift für sozialistische Kritik und Politik* Nr. 55/56 (1970) unter dem Titel *Etatismus, „Kriegssozialismus", „Nationalsozialismus" in der Literatur der deutschen Sozialdemokratie.* Die *Bilanz nach 10 Jahren (1929–1939)* liegt als Typoskript im Nachlaß Willy Huhn beim Institut für Internationale Sozialgeschichte (IISG), Amsterdam, dem der Verlag für die Gehnemigung zum Druck dankt. Die biographische Notiz von Christian Riechers erschien zuerst in *Trotsky, le Staline manqué* (Paris 1981), der französischen Ausgabe von *Trotzki – der gescheiterte Stalin* (Berlin, Kramer-Verlag 1973). Der ça ira-Verlag dankt Fabian Riechers für die Erlaubnis zur Wiederveröffentlichung.

Dank für Rat und Tat an:
Hans Georg Backhaus, Jens Benicke, Michael Buckmiller, Lisa Huhn (†), Arthur Lehning (†), Hans Willi Raffelsiefen und Ralf Walter.

Das **Umschlagbild** zeigt den außerordentlichen Parteitag der SPD im November 1959 bei der Abstimmung über das *Godesberger Programm*. In Sachen Wirtschaft forderte die Partei „Wettbewerb soweit wie möglich – Planung soweit wie nötig!"

Inhalt

CLEMENS NACHTMANN
Die deutsche Sozialdemokratie
als Partei des „Nationalsozialismus“
Willy Huhns Überlegungen zum totalen Staat
7

WILLY HUHN
Etatismus – „Kriegssozialismus“ – „Nationalsozialismus“
in der Literatur der deutschen Sozialdemokratie
27
Die Lassalle-Legende
29
Der Streit um den Staatssozialismus
37
Vom Sozialistengesetz zum Kriegssozialismus
49
Die Ideen von 1914 und die Folgen
63
Anmerkungen
78

WILLY HUHN
Bilanz nach zehn Jahren (1929–1939)
A. Die Periode der geistigen Rezeptivität (1929–1932)
85
B. Die Periode der theoretischen Produktivität (1932–1939)
102
1. Historische Kritik der Sozialdemokratie
104
2. Historische Kritik des Staatssozialismus
108

3. Historische Kritik der Kriegswirtschaft
114
4. Historische Kritik des Bolschewismus
122
5. Kritik des Faschismus
131
6. Die historische Notwendigkeit des Nationalsozialismus
142
7. Die Kriegswirtschaft als ökonomisches Problem
155
8. Historische Kritik des Naturalismus
165

WILLY HUHN
Karl Marx gegen den Stalinismus
Was Marx und Engels unter „Kommunismus" verstanden
175

CHRISTIAN RIECHERS
Willy Huhn (1909 - 1970)
Eine biographische Notiz
191

JOACHIM BRUHN
Avantgarde und Ideologie
Nachbemerkung zum Rätekommunismus
197

Anhang
RALF WALTER
Willy Huhn: Eine bibliographische Information
209

Clemens Nachtmann

Die deutsche Sozialdemokratie als Partei des „Nationalsozialismus“

Willy Huhns Überlegungen zum totalen Staat

I.

Als der im Juni 2001 frisch gekürte neue Regierende Bürgermeister von Berlin, der Sozialdemokrat Klaus Wowereit, bei seinem Antrittsbesuch im deutschen Bundestag vom Fraktionsvorsitzenden der SPD, Peter Struck, mit der Bemerkung „Zum Aufräumen!“ einen Besen überreicht bekam, da bekräftigte die deutsche Sozialdemokratie durch diesen symbolischen Akt, daß sie auf der Höhe des aktuellsten, seit geraumer Zeit schon virulenten und in verschiedensten Kampagnen schubweise sich entladenden faschistischen Ressentiments agiert. Die Ansicht, das staatliche Gemeinwesen sei von egoistischen Interessengruppen usurpiert, die sich filzartig ausgebreitet hätten und dem „ehrlichen Bürger und Steuerzahler“ nur auf der Tasche lägen, weshalb ein „starker Mann“ hermüsse, der einmal mit dem „eisernen Besen“ kehrt und den ganzen „Saustall“ ordentlich „ausmistet“ – dieses im Ruf nach dem „Führer“ oder zumindest dem „starken Staat“ mündende Ressentiment gegen die „Unproduktiven“ im Namen der „ehrlichen Arbeit“ war bekanntlich der zentrale Topos jener von der faschistischen Bewegung adäquat zum Ausdruck gebrachten und moderierten antibürgerlich-konformistischen Rebellion, die als Reprise jener immer schon bösartigen Polemik des Marktbürgers gegen die Beutelschneiderei des absolutistischen Staates dem Liberalismus, den diese Polemik einst inaugurieren half, nun den Garaus bereitete.

Und Ähnliches trägt sich auch heute wieder zu – mit dem Unterschied freilich, daß das konformistische Ressentiment sich nun gegen eben jene unmittelbar etatistischen Regulationsformen des autoritären Staates faschistischer oder demokratischer Provenienz richtet, die es einst vorbereiten half und in denen es sich für lange Zeit aufgehoben wähnte. Allenthalben geht die faschistische Epoche ihrem Ende zu,

werden ihre sozialstaatlichen Garantie- und Subsistenzversprechen für die subalternen Klassen abgebaut, flankiert von ideologischen Salven gegen die „erstarrte" und unter der Last der Bürokratie vermeintlich erstickende Gesellschaft, gegen den paternalistischen Vorsorgestaat, der Eigeninitiative und Leistung bestrafe, gegen eine „verkrustete" Parteiendemokratie, in der der Staat zum Selbstbedienungsladen der etablierten Verbände und Parteien geworden sei, kurz: gegen Korruption und Filz.

Wie schon am Übergang zur faschistischen Epoche ist die Sozialdemokratie gewillt, als die berufene Vollstreckerin nun der bereits angebrochenen demokratischen Barbarei zu reüssieren. Verhieß schon der Bundestagswahlkampf 1998, worin die SPD den „Reformstau" der Ära Kohl zu beseitigen versprach, nichts anderes als einen Triumph der Trostlosigkeit, so machte spätestens ihr Verhalten und das der linksliberalen Öffentlichkeit in der angedrehten Hysterie um die CDU-Spendenkonten sowie, in Berlin, angesichts der absolut lächerlichen Landowsky-Affäre klar, daß sie angesichts schrumpfender Verteilungsspielräume das auf die exemplarische Abstrafung und Ächtung von „korrupten Bonzen", von der Justiz angeblich gehätschelten Kinderschändern, subventionsverwöhnten Bauern und anderen Feindobjekten drängende faschistische Ressentiment als nunmehr „kampagnenfähige" Partei (Müntefering) zu bedienen und zu moderieren gewillt ist.

Wieder einmal ist in der Geschichte der kapitalistischen Wertvergesellschaftung ein Epochenumbruch angezeigt; und wieder einmal scheint die Sozialdemokratie eine Wendung hin zum Sozialfaschismus zu vollziehen. Eine Betrachtung der Sozialfaschismusthese ist also keine bloß philologische oder historisierende Übung, sondern von unmittelbar aktuellem Interesse.

II.

Und wenn die Welt voll Hakenkreuzler wär' – an deren Erschaffung ja der Sozialdemokratie, hüben und drüben, das Hauptverdienst gebührt –: wir müssen uns endlich darüber klar werden, daß es, seitdem sich Menschheit von Politik betrügen läßt, nie ein größeres Mißlingen gegeben hat als das Tun dieser Partei, und daß die Entehrung sämtlicher Ideale, die sie benützt haben, um mit der Bürgerwelt teilen zu können, vollendet ist.

Karl Kraus, *Hüben und drüben,* Oktober 1932

Auch wenn aktuell sich keiner darüber ereifert: die Sozialfaschismusthese ist unter Linken bestimmt die übelst beleumundete argumentative Figur der Weimarer KPD und darüberhinaus der gesamten alten Arbeiterbewegung – und zwar nicht einmal zu Unrecht, wenngleich aus den ganz und gar falschen Gründen.[1] Der Standardeinwand etwa, der von der KPD an die Adresse der Sozialdemokratie gerichtete Vorwurf des Sozialfaschismus sei die entscheidende oder zumindest eine der entscheidenden Ursachen dafür gewesen, daß, als noch Zeit war, die Bildung einer antifaschistische Einheitsfront mißlang und die Nazis freie Bahn bekamen, ist nichts weiter als eine Standardübung antifaschistischer Einheitsfrontfanatiker gleich welcher Couleur, die ihren als „geschichtliche Lehre" ausgegebenen Willen und ihren unbändigen Eifer, als antifaschistische Musterknaben zu reüssieren, in idealistischer Manier und moralischer Blindheit bedenkenlos in die Vergangenheit zurückprojizieren. In der Tat markiert es das epochale Versagen der Arbeiterbewegung als ganzer, den Faschismus nicht verhindert zu haben – nur liegt dieses Versagen nicht in ihrem mangelnden Willen oder fehlender Entschlossenheit begründet, sondern objektiv in ihrer schon etwas älteren institutionellen und ideologischen Verfaßtheit. Aber auch wenn man davon großzügig abstrahiert und nur die Taten der Sozialdemokratie seit 1918 Revue passieren läßt, merkt man, daß der erwähnte Einwand gegen die Sozialfaschismusthese vor Geschichtsvergessenheit nur so strotzt – hat die Sozialdemokratie doch nicht nur schon 1918 dem Faschismus den Weg freigeschossen, sondern auch durch ihre Praxis permanenter Not-

standsverwaltung mit Art. 48 der Weimarer Reichsverfassung die Präzedenzfälle für die Notverordnungskabinette nach 1930 sowie für die nationalsozialistische Machtausübung als eines Notstands in Permanenz geschaffen.

Auch der Einwand, mit ihrer Sozialfaschismusthese habe die KPD den Nationalsozialismus verharmlost und den Begriff des Faschismus inflationiert, ist nichts weiter als ein Nachkarten, das unheimlich klug tut, ohne es in Wahrheit zu sein. Einmal abgesehen davon, daß auch mancher KPD-Genosse schon schlau genug war, um der offiziellen Agitation solche Verharmlosung bisweilen abzumerken: der Vorwurf ist wohlfeil, denn das Spielchen, ab welcher Repressionsmaßnahme und welcher Gesetzesverschärfung denn nun der „Sozialfaschismus" aufhöre und der „richtige" Faschismus beginne, haben die Nachkriegslinken schließlich auch immer gerne gespielt. Kein Wunder, daß sie an der Ursache dieses absurden Rätselratens - am unzulänglichen Faschismusbegriff der KPD und Komintern - nie einen Anstoß genommen haben. War doch dieser Begriff auch ihr eigener: unter Faschismus haben sie selbst nie etwas anderes verstanden als ins Extrem gesteigerte Repression und unter Ideologie nichts anderes als Manipulation, obwohl sie im Unterschied zur KPD heute klüger sein könnten. Deshalb haben Leute, die sich dümmer stellen, als sie sein müßten und mit ihrem Faschisierungsgeschwätz den Faschismusbegriff ungleich ärger inflationiert haben, als es die KPD je vermochte, am allerwenigsten Grund, ihr diesbezüglich Vorwürfe zu machen.

Bezeichnenderweise fällt nie der entscheidende Einwand: Denn verharmlost und verniedlicht hat die KPD in der Tat – aber nicht die Nazis, sondern die Möglichkeit, daß der Kapitalismus seine Zusammenbruchskrise auf seinem Boden und mit den ihm eigenen Mitteln bewältigen könne, und dieses theoretische Versagen verdankt sich jener stiernackigen Geschichtsmetaphysik, die die Parteikommunisten von der Sozialdemokratie übernommen hatten. Ganz richtig erkannte die KPD die immanente Nötigung der damaligen kapitalistischen Vergesellschaftung zum Faschismus, die in der Sozialdemokratie als einer erklärten Stütze dieses Systems einen Protagonisten hatte – aber sie nahm, in der routinierten Wesensschau von Parteikommunisten, die Faschisierung der bürgerlichen Gesellschaft als „Beweis" dafür, daß der Kapitalismus sich in seiner „Endkrise" befinde und eine revolu-

tionäre Grundsituation erzeuge, die sich „nur noch“ mit der ganzen Bandbreite faschistischer Methoden, vom Sozialfaschismus bis zum eigentlichen Faschismus, abwehren ließe. Sozialfaschismus und Nazifaschismus als das letzte Aufgebot einer abgewirtschafteten und vor dem revolutionären Aufschwung schon wie Espenlaub zitternden Bourgeoisie, Faschismus mithin als ein böser Spuk: derart war die Sozialfaschismusthese aus der strategischen Erwägung heraus geboren, daß die Sozialdemokratie als Trägerin bürgerlicher Herrschaft abgewirtschaftet habe und man ihr deshalb die revolutionär gesinnten Massen durch schärfste Denunziation abspenstig machen müsse. So wird man bei allen objektiv gebotenen Bemühungen um deren Ehrenrettung der KPD-Sozialfaschismusthese nicht recht froh, denn das, was material den Sozialfaschismus der SPD hätte begründen können, war in der These der KPD in Wahrheit äußerliche Dreingabe, Nebenprodukt, Abfall.[2] Gerade der Abfall ist an der Sozialfaschismusthese noch das Beste, so daß gilt: falsch an ihr war lediglich, daß sie, was ihren Gehalt angeht, nicht konsequent durchdacht und ausformuliert wurde. Hätte die KPD dies getan, ihre beiläufig gewonnenen Einsichten ernst genommen, dann wäre sie freilich auf die grundsätzliche Identität ihrer Vorstellungen vom proletarischen Zukunftsstaat mit der Programmatik der Sozialdemokratie gestoßen und hätte sich demnach mit Fug und Recht selber unter die „Sozialfaschisten“ einreihen können.

III.

Die Sozialdemokraten waren genau solange langweilige Reformisten, wie keine Kriegskredite zu bewilligen und kein Spartakusaufstand niederzuschlagen war. Der ganze Reformismus lebt davon, daß er sich um die wichtigen Fragen drückt. Wo der Reformismus sich aber um diese Fragen nicht mehr drückt, sondern sie entscheidet, da tut er dies ... konform mit der Logik der Nazis.

Wolfgang Pohrt

Tatsächlich zu begründen, warum die Sozialdemokratie eine nationalsozialistische Organisation war und darüberhinaus auch die letztge-

nannte Konsequenz nicht zu scheuen – dazu bedurfte es keiner Genialität und keiner überdurchschnittlichen Intelligenz, sondern der Fähigkeit, vom geschichtsmetaphysischen Hokuspokus der alten Arbeiterbewegung die Fähigkeit zu ungegängelter Erfahrung sich nicht abmarkten zu lassen. Es war ein nach eigener Einschätzung zum Eigenbrötlertum neigender marxistischer Autodidakt, der in durchaus orthodoxer Manier darauf insistierte, wie er selbst schrieb, „den Marxismus an seinen Quellen ... und nicht aus seinem durch Partei-Unrat vergifteten späteren Lauf"[3] studieren wollte, und der nach einem Schnelldurchlauf durch eine sozialistische Angestelltengewerkschaft und die SPD, deren Linksabspaltung in Form der SAP er mitbetrieb, als gerade mal 24jähriger eine Sozialfaschismusthese ganz eigener Art formulierte, die hinsichtlich Bewußtsein und Agieren der gesamten Arbeiterbewegung keinen Stein mehr auf dem anderen ließ und bei deren Lektüre biederen Sozialdemokraten, kreuzbraven Parteikommunisten und anderen Linken noch heute die Luft wegbleiben dürfte. 1939, ein Jahr, nachdem der illegale Theoriezirkel, den er bis dahin betrieben hatte, weggebrochen war und der nunmehr einzige politische Kontakt, den er hatte, nur noch der mit seiner Privatbibliothek war, verfaßte Willy Huhn, von dem hier die Rede ist, ein knapp achtzigseitiges Selbstverständigungspapier („Bilanz nach 10 Jahren"), worin er zuerst in einem autobiographischen Abriß seine Hinwendung zum Marxismus beschreibt und in einem zweiten, ungleich umfangreicheren Teil die ökonomischen, politischen und ideologischen Voraussetzungen des Nationalsozialismus untersucht, insbesondere den freiwillig-unfreiwilligen Anteil der staatssozialistischen Arbeiterbewegung daran. Das Manuskript ist ein ausführliches Exposé, dessen einzelne Kapitel („Historische Kritik der Sozialdemokratie", „Historische Kritik des Staatssozialismus", „Historische Kritik der Kriegswirtschaft", „Historische Kritik des Bolschewismus", „Historische Kritik des Faschismus", „Die historische Notwendigkeit des Nationalsozialismus", „Die Kriegswirtschaft als ökonomisches Problem", „Historische Kritik des Naturalismus") Huhn als Grundlage für weitere Artikel und Aufsätze dienten, unter anderem auch für den 1952/53 entstandenen Aufsatz „Etatismus – 'Kriegssozialismus' – 'Nationalsozialismus' in der Literatur der deutschen Sozialdemokratie". In seinem Manuskript gelangt Huhn zu Einsichten, die sich über weite Strek-

ken auf der Höhe der etwa zeitgleich verfaßten Aufsätze von Max Horkheimer wie die „Die Juden und Europa“ und „Autoritärer Staat“ bewegen.

Wie für Horkheimer und Adorno, so steht auch für Huhn der epochale Umbruch in der Geschichte der kapitalistischen Vergesellschaftung im Mittelpunkt, der sich noch im 19. Jahrhundert mit der Abdankung des an das privatautonome Individuum gebundenen Kapitals alten Stils zugunsten der unmittelbar als Kollektivwesen, als Gesellschaftskapital auftretenden Konzerne, Trusts und Kartelle ankündigt. Ein Umbruch, der den Staat, der entgegen dem liberalistischen Credo sporadisch schon in gesellschaftliche Verläufe intervenierte, nun in die Rolle einer die Gesellschaft positiv und kontinuierlich gestaltenden und regulierenden Instanz drängt – ein Prozeß, der den „totalen Staat“ (Huhn) auf die Bahn bringt und schließlich im Faschismus als seiner adäquaten politischen Regulationsform terminiert.[4] Huhn interessiert sich dabei weniger für den konstitutiven ökonomischen wie sozialen Krisencharakter des liberalistisch verfaßten Kapitalismus, der, umschlagend, den totalen Staat aus sich gebiert, sondern vielmehr für den Zusammenhang von totalem Staat und totalem Krieg: „... der *totale Staat* ist das geschichtlich notwendige Resultat der Vorbereitung auf den *totalen Krieg* ... Der ‘totale Krieg‘, von *Clausewitz* vorausgeahnt, von dem General *Bernhardi* als Weltkriegserfahrung bald begriffen, ist die letzte und höchste Form des Existenzkampfes warenproduzierender Gesellschaften; und gemäß der These von *Clausewitz*, daß ein moderner [Krieg] vom ganzen Volke geführt werden muß, erfordert er die restlose militärische Organisation der Nation.“[5]

Sicherlich könnte man jetzt einwenden, daß die Suspendierung freier Konkurrenz im Inneren kapitalistisch produzierender Gesellschaften zugunsten der außenwirtschaftlichen und – politischen Konkurrenz der als Wehrgemeinschaften organisierten Nationen und Machtblöcke sich als kein konstitutives und durchgängiges Merkmal des nachliberalen Kapitalismus erwiesen habe, sondern nur für „Übergangsperioden“ wie den Ersten Weltkrieg, Faschismus und Zweiten Weltkrieg zutraf. Aber wie schon in anderen Fällen, so hat sich auch hier ein Irrtum oder eine Übertreibung als produktiver und der Wahrheit ungleich näher erwiesen als das sture Pochen auf historische Korrektheit, das so tut, als sei man der Duzfreund des Weltgeistes und

glauben macht, man könne den großen und relevanten geschichtlichen Zug von den Auswüchsen und bloßen Episoden mit souveräner Gebärde reinlich scheiden. Im Gegensatz zu solch methodisch veranstalteter Erfahrungsarmut wußte Willy Huhn, daß der Extremfall die Probe auf den Normalfall ist, und dieses Wissen hat, darin übrigens auf der Augenhöhe mit der Literatur etwa von Kraus, Musil und Broch, seine Aufmerksamkeit „auf die Folgen des (ersten, C.N.) Weltkrieges auf die innere Struktur der deutschen Gesellschaft und Wirtschaft, besonders die Auswirkung der deutschen Kriegswirtschaft"[6] als den Vorschein des Nationalsozialismus gelenkt. Durch sozialpolitische Maßnahmen, durch „Konzentration und Bürokratisierung der Produktionsmittel, und durch Unterstellung des Distributionsapparates unter die militärische Behörde" entsteht, in der Kriegswirtschaft erstmals „tatsächlich eine '*Volksgemeinschaft*', wie die Sozialdemokratie im Kriege die Absicht eines Burgfriedens bezeichnete, wenn eben auch nur als nationale Wehrgemeinschaft. Und der Staat, der eine solche unter dem Druck der imperialistischen Spannungen unserer Zeit zu organisieren gezwungen ist und daher jedem einzelnen Volks- und Wehrgenossen seinen Platz im totalen System der Landesverteidigung anweisen muß, kann dann in der Tat als ein 'sozialer Volksstaat' erscheinen, wie auch das Ergebnis seiner militärischen Organisation das Aussehen eines 'völkischen *Organismus*' gewinnen kann ..."[7]

Anders ausgedrückt: der zur Konsolidierung der kapitalistischen Verwertung den epochalen Sozialpakt zwischen Kapital und Arbeit inaugurierende totale Staat bildet, als Anwalt einer „sozialverträglichen" Akkumulation, als Anwalt des „kleinen Mannes", seiner Subsistenz- und Sicherheitsbedürfnisse, phänomenale Affinitäten zum Objekt seiner Zuwendung aus und erscheint, verglichen mit dem bürgerlich-liberalen Staat, geradezu in ein Organ des Klassengegners verkehrt. So konnte und mußte denn die Sozialdemokratie, für die im Gefolge Lassalles der Sozialismus nichts anderes bedeutete als Verstaatlichung der Produktion sowie die staatliche, zentralisierte Planung gesellschaftlicher Abläufe überhaupt, die Maßnahmen des spätwilhelminischen Staates und dann der Kriegswirtschaft als Indiz der „Sozialisierungsreife" des Kapitalismus interpretieren und den sich totalisierenden Staat gleichermaßen als Übergangsetappe wie als Instrument des Sozialismus begreifen. Als eine Organisation, die an dem Widerspruch labo-

rierte, als empirische Gegnerin der wilhelminischen Monarchie einerseits auf Demokratie und Liberalität zu insistieren, andererseits als im Wesen staatssozialistische Partei auf autoritäre, antiliberale Maßnahmen gegen Kapital und Bürgertum zu dringen, war die Sozialdemokratie vielleicht anfangs eine halb freiwillige, halb unfreiwillige Geburtshelferin des totalen, schließlich nationalsozialistischen Staates. Als sie aber spätestens 1914 ihr staatssozialistisches Wesen praktisch bezeugte und sich programmatisch nun auch unumwunden dazu bekannte, da hatte die Sozialdemokratie sich dafür entschieden, die Rekonsolidierung der kapitalistischen Wertvergesellschaftung aktiv und bewußt mitzutragen. Als solche Trägerin einer gesellschaftlichen Konstellation, in der, wie Willy Huhn einen sozialdemokratischen Evergreen ironisiert, zwar nicht das „allmähliche Hineinwachsen in den Sozialismus", wohl aber das Hineinwachsen in den Nationalsozialismus auf der Tagesordnung stand, mußte die Sozialdemokratie zwangsläufig zu einer Protagonistin der allgemeinen Faschisierung avancieren.

Nahm die Sozialdemokratie Staatsintervention, Sozialpolitik und Kriegswirtschaft dankbar als eine Vorleistung hin, die der Kapitalismus ihr gratis liefere und an deren Spitze sich zu setzen sie hoffte, so war umgekehrt der wilhelminische Staat, erst recht in der Periode der Kriegswirtschaft, auf die disziplinierende und organisierende Kraft der Sozialdemokratie angewiesen: „Da aber die Arbeiterschaft nun einmal die Bühne der Geschichte betreten hat, steht jeder Versuch einer kriegswirtschaftlichen Organisation vor dem Zwang, die Arbeiterschaft in irgendeiner Weise in diese 'einzubauen'. Im modernen Krieg ist der Arbeiter als Produzent der Waffen und der Kriegsmittel so wichtig wie der Soldat, der sie anwendet und verbraucht. Das große Problem des modernen Krieges ist es also, wie man ihn wirtschaftlich sichert, d.h. aber in erster Linie, wie man ihn arbeitspolitisch sichert. Die moderne Arbeiterbewegung hatte ... auch durch die mächtige Entfaltung der Gewerkschaften neue Energien der sozialen Organisation enthüllt, deren militärische Bedeutung jedem einsichtigen Kopf klar war und die für den Kriegsfall nutzbar zu machen jedem weitsichtigen Nationalisten und weitblickenden Militär als Aufgabe vor Augen stand."[8]

Gerade als nicht-bürgerliche, unumwunden staatssozialistische Kraft war die Sozialdemokratie für die Lösung dieser Aufgaben geradezu prädestiniert: „Es kann nun aber kein Zufall sein, daß das Pro-

blem der Organisation der gesamten arbeitenden Bevölkerung für den modernen Krieg schon vor dem Weltkriege zuerst von einem *Sozialdemokraten, Jaurès*, erfaßt wurde ... (und) es wird wohl jedem Leser begreiflich sein, daß diese organisatorischen Gesichtspunkte zur 'Durchstaatlichung' der Gesellschaft für die Landesverteidigung sogar in *erster* Linie von Sozialisten gefunden werden *mußten*. Ein nur-liberaler Denker hatte zahlreiche grundsätzliche Bedenken, die sich zu ebenso vielen grundsätzlichen Hemmungen auswachsen würden. Ein staatssozialistischer Theoretiker aber sieht gerade hier die Möglichkeit, der Nation zu geben, was der Nation, und dem Sozialismus zu geben, was dem (Staats-)Sozialismus gebührt!"[9] Als eine mit dem politischen Apparat zunehmend verwachsende „bürokratische Massenorganisation" wurde die Sozialdemokratie so „das erste große geschichtliche Beispiel für die in der Neuzeit notwendig werdende Kunst, große Menschenmassen zu organisieren und politisch zu *führen*"[10] und sie wurde als Stütze der deutschen Kriegswirtschaft deshalb unverzichtbar: „Die nötige *Massenbasis* ... lieferte diesem System der deutschen Militärdiktatur (der alte Begriff deckt hier einen geschichtlich vollkommen *neuen* Inhalt: Kriegswirtschaft im 'Total-Krieg'!) vor allem die Mehrheitssozialdemokratie sowie die freien Gewerkschaften."[11]

Die von Huhn in „Etatismus, 'Kriegssozialismus', 'Nationalsozialismus' in der Literatur der deutschen Sozialdemokratie" angeführten Äußerungen von Mehrheitssozialdemokraten, mit denen diese die Kriegswirtschaft als bahnbrechenden Fortschritt hin zum Sozialismus interpretierten, sprechen für sich: bei ihrer Lektüre wird einem heute noch speiübel. Dieser Aufsatz verfolgt die Entwicklung bis 1918/19; in seiner *Bilanz* greift Huhn noch weiter: „Der Sozialdemokratie erschien die deutsche Kriegswirtschaft ... als so wichtig, daß sie 1919 versuchte, ihre Errungenschaften in den Frieden hinüberzuretten ...; was 'friedlich' um 1900 einsetzte, und 'militärisch' 1914 explodierte, das setzte sich 'übergangswirtschaftlich' unter der Parole 'Der Sozialismus marschiert!' 1919 fort, um dann 1927/28 'wirtschaftsdemokratisch' von neuem versucht und noch 1932 'planwirtschaftlich' aufgegriffen zu werden, um schließlich 1934 bis '39 'nationalsozialistisch' zu enden."[12]

Insbesondere Huhns unnachsichtige Beurteilung des sozialdemokratischen Konzepts der „Wirtschaftsdemokratie" macht deutlich, daß

es bei ihm sogar an Ansätzen zu einer radikalen Demokratiekritik nicht mangelt: „... ein *Staats*-Sozialismus ist notwendig ein *politisch* organisierter und damit *autoritärer* Sozialismus; ein *demokratischer* Sozialismus macht hiervon gar keine Ausnahme, da ja schließlich die Demokratie selbst wieder nur eine Staatsform ist, und zwar historisch die der liberal-kapitalistischen Gesellschaft."[13]

Allerdings konnte die Sozialdemokratie dann doch nicht ernten, was sie gesät hatte, und dies hat Huhn zufolge einen einfachen Grund: „Auf der einen Seite tat sie alles, um die Entwicklung zum 'totalen Staat', d.h. zum militärisch durchorganisierten Staat, durch prinzipielle Staatsbejahung, politische Stärkung der Staatsgewalt, praktischen Staatssozialismus zu fördern , die doch wesensnotwendig den Parlamentarismus ständig schwächen und deshalb ihr den Boden als parlamentarische Partei entziehen mußten. Auf der anderen Seite hielt sie nicht nur an pazifistischen, sondern auch an liberalen und parlamentarischen Traditionen fest, und glaubte, den durch ihre aktive Mithilfe aufgeblähten Staatsleviathan demokratisch zügeln zu können ... – Tatsache aber bleibt, daß nur unter diesen Widersprüchen und Umständen *der Nationalsozialismus als konsequentere Sozialdemokratie* entstehen konnte."[14]

Vom Ergebnis her betrachtet war der Nationalsozialismus demnach unter den Bedingungen Deutschlands eine historisch notwendige Erscheinung: „Der Nationalsozialismus löst also auf deutschem Boden und unter den gesellschaftlichen Bedingungen der deutschen Nation die große geschichtliche Aufgabe, die das imperialistische Zeitalter stellt ... Und nicht die Sozialdemokratie, die doch ihrem Wesen nach wie die russische Sozialdemokratie diese Aufgabe hätte lösen können, sondern der Nationalsozialismus nimmt sie auf sich, weil die SPD den Gedanken der Parteidiktatur ablehnte. Damit bringt nicht die Sozialdemokratie, sondern bringt der Nationalsozialismus eine geschichtliche Entwicklung zu einem *praktischen* Abschluß, die *theoretisch* von den bürgerlichen Kathedersozialisten antizipiert und von dem 'Verein für Sozialreform' konzipiert wurde. Darum bezeichne ich den Nationalsozialismus als die 'konsequentere Sozialdemokratie'."[15]

Was die Rolle der Sozialdemokratie während der sogenannten Weimarer Republik anbelangt, so ist für Huhn klar: „Wenn der Bolschewismus der Sozialdemokratie 'Sozial-Faschismus' zum Vorwurf

gemacht hat, so hat er also ... gar nicht einmal so sehr Unrecht, leider trifft ihn aber diese Kennzeichnung auch wieder selbst!"[16]

Es habe ihn, als er sich 1932 mit Lenins Schriften zu beschäftigen begann, aufs Äußerste erstaunt, erzählt Huhn, daß Lenin, der doch während des ersten Weltkrieges ein unversöhnlicher Gegner der „Sozialpatrioten" gewesen war, mit diesen in der Bejahung des „Kriegssozialismus" völlig übereinstimmte (Zur Erinnerung sei hier nur auf Lenins Rede vom nach dem Modell der deutschen Reichspost zu gestaltenden Sozialismus verwiesen). Von diesem Augenblick an habe er nicht mehr an den leninschen „Kommunismus" geglaubt. Auch der Bolschewismus ist für Huhn demnach nichts anderes als eine unter den spezifischen Bedingungen der halb feudalen, halb kapitalistischen Gesellschaft Rußlands entstandene Erscheinungsform des „totalen Staates"[17]: „So enthüllen sich die vier großen 'Ismen': *Sozialdemokratismus, Nationalsozialismus, Bolschewismus* und *Faschismus* als nationalhistorisch und geopolitisch unterschiedliche, im soziologischen und dialektisch-historischen Aspekt aber als im *Wesen* ähnliche Formen der im Imperialismus notwendigen 'militarisierten Gesellschaft' (*Keri*). Darum können sie sich eigentlich nur außenpolitisch entzweien, nie aus inneren, 'ideologischen' Gründen, denn die Ideologien sind ihnen im Grunde Mittel, nicht Ziele."[18]

Huhn zieht daher ein bitteres Fazit der historischen „Leistung" der Arbeiterbewegung als ganzer: „So hat der Marxismus bisher seine höchste Leistungsfähigkeit nicht eigentlich im Dienste jener proletarischen Klassenziele verrichtet, für die er eigentlich erarbeitet wurde, sondern im Dienste nationalrevolutionärer Ziele, die *Marx* und *Engels* im imperialistischen Zeitalter auf das Entschiedenste bekämpft hatten. Seine wissenschaftliche Stärke und die Autorität seiner Begründer waren gerade gut genug, um mit ihrer Hilfe die Arbeiter verschiedener Nationen für nationalrevolutionäre Ziele einzuspannen, die man marxistisch als proletarische Klassenziele darstellte. Darum hat der Marxismus bisher mehr für die Erhaltung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung getan als für ihre Zerstörung!"[19]

IV.

Was an Willy Huhns Thesen verblüfft, ist die logische Stringenz und unerbittliche Radikalität der Gedankenführung: kein albernes Geschrei gegen den „Verrat" der Sozialdemokratie, keine subjektivistischen und in letzter Konsequenz verschwörungstheoretischen Agenten- und Bestechungstheorien, sondern eine mit dem Seziermesser vorgenommene, grausam analytische Sektion des gesellschaftlichen Objektivitätszusammenhangs, die bereits 1939 in trockenen Worten zu diagnostizieren wußte, was viele Linke noch heute nicht wahrhaben wollen, daß nämlich der totale Staat des Nationalsozialismus tatsächlich eine als „sozialer Volksstaat" erscheinende „Volksgemeinschaft" geschaffen hat. Nichtsdestotrotz weisen auch Huhns Überlegungen unübersehbare Schwächen auf – und dies nicht etwa deshalb, weil er den Gedanken nicht konsequent genug vorangetrieben und an einem bestimmten Punkt willkürlich hätte abbrechen lassen, sondern, im Gegenteil, *weil* er ihn konsequent ausgeführt hat.[20] Huhns theoretische Perspektive, die seine eminente Stärke verbürgt, markiert unmittelbar zugleich seine Schwäche und Begrenztheit: sein Abstellen auf den epochalen Durchbruch, den der erste Weltkrieg und die in ihm praktizierte Zwangsbewirtschaftung bedeutet hatten, hat ihn das definitive Ende der liberalen, bürgerlichen Ära sowie die Herausbildung und schließliche Befestigung des totalen Staates als die alle gesellschaftlichen Kräfte in ihren Bann ziehende Signatur der Epoche klar erkennen lassen – und ihm zugleich die Einsicht in die Form des Nationalsozialismus als der unverschnittensten Ausprägung eben dieses totalen Staates verwehrt. Als sicherlich gleichermaßen beispielgebendes wie zukunftsweisendes Modell gerät Huhn die deutsche Kriegswirtschaft zur gewissermaßen objektiv-transzendentalen Struktur, die vielleicht noch modifiziert, abgeschwächt, gesteigert, ausgedehnt und radikalisiert werden kann, aber in ihren Grundzügen sich gleichbleibt. Der „Kriegssozialismus" ist für Huhn nicht nur zutreffendermaßen die Bedingung der Möglichkeit des späteren, sondern der noch unfertige Nationalsozialismus, so wie dieser umgekehrt die perfektionierte Kriegswirtschaft verkörpert.

Zwar wußte Huhn nur zu gut, daß die volksgemeinschaftliche Totalisierung des militaristischen Prinzips dieses zugleich aufhebt und

demokratisiert: „Während ... in der Begriffswelt der Vorkriegszeit der 'Militarismus' etwas war, was außerhalb, ja gegenüber der übrigen Gesellschaft stand, eine Welt für sich, so fallen in der militarisierten Gesellschaft von heute Gesellschaft und Militarismus zusammen. Im gleichen Ausmaß, wie die Gesellschaft sich im Imperialismus militarisierte, hat sich der Militarismus vergesellschaftet."[21]

Und sicherlich merkte Huhn dem Nationalsozialismus, im Unterschied zum italienischen Faschismus, ideologiekritisch auch den Charakter einer die überkommenen staatlichen Hierarchien zur Disposition ihrer eigenen unberechenbaren Dynamik stellenden *Volksbewegung* ab:„Der Sozialismus ist zum *Mittel* der Nation in ihrem imperialistischen Existenzkampfe geworden. Und ergibt denn nicht tatsächlich erst in unseren Tagen die politische Durchorganisation der Nation eine politische und militärische 'Volksgemeinschaft'? In Deutschland waren schon breite Teile der eigentumslosen Massen ... zum politischen Leben erwacht und schon im Kriege die Mitträger des kriegswirtschaftlichen Verteidigungsapparates gewesen. Hier hatten sie also auch in diesem Sinne aktiven Anteil an der Herausbildung des totalen Staates gehabt. So konnte der Nationalsozialismus im Unterschied zum Faschismus in seiner Staatslehre den Grundsatz aussprechen, daß sein Staat das Organ des *Volkes*, daß die Nation ihn sich selbst geschaffen habe. In Italien dagegen hatten sich die Massen noch nicht in diesem Sinne am Staatsleben beteiligt; ja, dieser moderne Staat war in Italien noch zu schaffen ... Infolgedessen konnte auch die sozialistische Intelligenz Italiens den Staat als ein Organ ansehen, der erst eine italienische Nation zu schaffen habe. Für die nationalsozialistische Staatsauffassung ist demzufolge das Volk der Zweck des Staates, für die faschistische Staatstheorie dagegen ist der Nationalstaat der Zweck des Volkes."[22]

Aber diese Einsichten bleiben bloß Randglosse, ohne Konsequenz für die Gedankenführung; in der Hauptsache denkt Huhn den Nationalsozialismus doch als eine durch „autoritäres Befehlswesen" bestimmte „Diktatur"[23] und damit letztlich als bloße, wenn auch radikalisierte Fortschreibung des obrigkeitlichen, hierarchisch gegliederten preußischen Staates und seiner Einrichtungen. Besonders deutlich tritt diese Auffassung in dem Aufsatz „Die Kaserne und das KZ" von 1955 hervor. Wiederum in erklärter Abgrenzung gegen jeglichen

Subjektivismus faßt Huhn die Menschenschinderei in den Kasernen des wilhelminischen Deutschland als „notwendige Erscheinungen des militaristischen Systems selbst."[24] Aufgrund der mit vielerlei Quellen belegten Systematik der dort betriebenen Quälereien und Mißhandlungen identifiziert Huhn die Kaserne als „Urzelle des nationalsozialistischen Konzentrationslagers"[25]: „In beiden Fällen ist die Existenz nur befristet, bis die Lebenskraft vernutzt oder 'verheizt' ist."[26] Wiederum sehr scharf gedacht – nur trifft diese Kennzeichnung wohl die Straf- und Arbeitslager und die in ihnen praktizierte „Vernichtung durch Arbeit" – den Umschlag in die systematische *Arbeit der Vernichtung* kann Huhn damit nicht mehr denken. – Wie ihm überhaupt die im Antisemitismus ihren massenmörderischen Fluchtpunkt findende „Pathologie kapitalistischer Krisenbewältigung" (Ulrich Enderwitz) und damit das entscheidende Charakteristikum des Nationalsozialismus nicht in den Blick kommt.[27]

V.

Was den Nationalsozialismus von allen anderen Spielarten des totalen Staates tatsächlich unterscheidet und ihn aus der politischen Konkurrenz schließlich als Sieger hervorgehen ließ, war der Wille, die im Konzept des Volksgemeinschaftsstaates notwendig beschlossene Feinderklärung auch vorzunehmen und bis zur bittersten Konsequenz praktisch umzusetzen. Denn der Versuch, eine von ihrem unheilbaren ökonomischen wie gesellschaftlichen Krisencharakter befreite, gewissermaßen gemeinnützige Kapitalakkumulation zu organisieren, kann, als ein logisch unmögliches, im Wortsinne wahnsinniges Unterfangen, sich praktisch nur in Form jener monströsen Ersatzhandlung realisieren, wie sie die Vernichtung der Juden darstellt. Volksgemeinschaft kann praktisch nur bestehen als eine, wie auch Huhn schreibt, „Wehrgemeinschaft", als zum Kollektiv der Verfolger mutierte Gesellschaft, die in mörderischer Absicht gegen die an empirischen Individuen repersonalisierten Produkte seiner eigenen Projektion und damit die vermeintliche Inkarnation der Gebrechen kapitalistischer Vergesellschaftung in Stellung geht. Eine Herrschaft jedoch, deren Medium nicht das Gesetz, sondern die Anfeuerung, und deren Lebenselement

nicht der bürgerliche Gang der Dinge, sondern die permanente Eskalation ist, bedarf als ihrer Massenbasis keiner Untertanen, sondern staatsbürgerlicher Subjekte. Setzte der alte Militarismus als System von Gehorsam und Befehl die Individuen als Objekte, als *passive* und subordinierte Empfänger von klar formulierten Anordnungen und Weisungen, so setzt sie der vergesellschaftete Militarismus des Nazi-Systems als Subjekte, als demokratisch gleichberechtigte Aktionäre einer nur noch durch informellen Konsens existierenden Herrschaft, auf deren Gunst der Volksgenosse als *aktiv* Handelnder spekuliert. Wenn Huhn von der „Vergesellschaftung des Militarismus" spricht, dann kommt er der ungeschmälerten, negativen Wahrheit unfreiwillig ganz nahe, kann solche Vergesellschaftung doch nichts anderes bedeuten als das Einwandern von Herrschaft in die vergesellschafteten Individuen, deren Vollzug durch die Beherrschten selbst. Damit ist das *System von Befehl und Gehorsam, indem es sich erfüllt, zugleich am* Ende.

Willy Huhns Begrenztheit ist nicht weit von derjenigen Friedrich Pollocks, der mit anderer Begründung zwar, aber gleichwohl der Ansicht war, der Nazismus sei ein bürokratischer, in sich fest gefügter, stabiler und in gewissem Sinne sogar „rationaler" Zustand und nicht die entfesselte, ungebändigte, eskalierte Konkurrenz, Krise und Katastrophe in Permanenz. Tatsächlich verhält es sich so, daß der unmittelbare Schein, d.h. das Geflecht von hypertrophen Massenorganisationen, das der Nazismus schafft, die Staatskonjunktur, die er ankurbelt, den die Aura kollektiver Mühsal, Entbehrung und Fürsorge verbreitenden Opferkult, den er spektakulär inszeniert – kurz: der unmittelbare, *kollektivistische* Etatismus, den der Nazismus ins Werk setzt und den seine bundesrepublikanische Rechtsnachfolgerin demokratisch weiterbewirtschaftete, das verdeckte, was nun das Ende der faschistischen Epoche wieder an die Oberfläche spült: jene in der Fülle ihrer Leere schwelgende, haltlos projizierende und deshalb in die unvermittelte Abfolge von Apathie und Raserei sich zerlegende Subjektivität, die als absoluter, äußerlicher Gegensatz zur Herrschaft deren inneres Prinzip absolut vollstreckt. Weniger die Staatskonjunktur und das staatliche Subsistenzversprechen sowie die Aussicht auf Beute und Gratifikationen waren der harte Kern des Faschismus, als vielmehr der kollektive Amoklauf, die Entschlossenheit, daß es angesichts der

eigenen antizipierten oder geahnten Niederlage vorher noch die anderen erwischen sollte. Derzeit werden die Gratifikationen gestrichen – dafür bietet sich der Staat als Moderator jenes faschistischen Ressentiments an, das die von eben diesem Staat in die „Eigenverantwortung" gezwungenen, aktuell oder virtuell überflüssigen Individuen gegen die vermeintlichen Schädlinge, Feinde und Bedrohungen des gesellschaftlichen Ganzen umtreibt. Von wegen „Neoliberalismus" – ein neues Bündnis von Mob und Elite ist im Entstehen, in dem allerursprünglichste Wesenszüge des Nationalsozialismus wieder aufscheinen: eine Subjektivität, die ganz eigenverantwortlich der Herrschaft jeden Wunsch von den Lippen abliest.

Und wieder einmal ist die Sozialdemokratie damit beschäftigt, sich an die Spitze des Mobs zu setzen. Angesichts der Tatsache, daß der Faschismus *als* Faschismus seine historische Rolle längst ausgespielt hat und keinerlei das etablierte Staatsgefüge bedrohende mobilisierende Kraft entwickelt, dürfte das Vorhaben diesmal auch von Erfolg gekrönt sein.

So hätte der Sozialfaschismus, wenn auch anders als von Willy Huhn einst gemutmaßt, denn doch noch gegenüber dem Faschismus den Sieg davontragen.

Anmerkungen

1 Siehe dazu Clemens Nachtmann, *Formierung der „Mitte der Gesellschaft". Eine Ehrenrettung der Sozialfaschismusthese,* in: *bahamas* Nr. 23 (1997); vgl. auch: Gruppe MAGMA, *„... denn Angriff ist die beste Verteidigung". Die KPD zwischen Revolution und Faschismus,* Bonn 2001.

2 An der – freilich auch interessierten – Verkennung dieser Tatsache krankt grundsätzlich Alexander v. Platos umfangreiche Arbeit *Zur Einschätzung der Klasenkämpfe in der Weimarer Republik* (Westberlin 1973), an der ansonsten positiv auffällt, daß sie sich in ihrer unprätentiösen Argumentation erfreulich von dem zu dieser Zeit bei Linken üblichen Verlautbarungsstakkato abhebt und in ihrer unmittelbaren Zwecksetzung nicht restlos aufgeht. Nichtsdestotrotz: v. Platos Absicht ist es, im Sinne der KPD/AO für das Agieren der BRD-Linken ein historisches Vorbild auszumachen, und dazu versucht er, gegen die „antikommunistische Geschichtsschreibung", als deren Ahnherrn er Trotzki zu identifizieren meint, die Politik der KPD/Komintern hundertprozentig herauszupauken. Seine Apologie der Sozialfaschismusthese leidet jedoch darunter, daß er die eigene Beweisführung, die sich völlig zurecht, wenn auch theoretisch wenig geglückt, an der Gemeinsamkeit von Wirtschaftsdemokratie und Korporativismus orientiert, als für die KPD zentralen Punkt unterstellt. Die Klassen- und Geschichtsmetaphysik, der Nationalbolschewismus sowie der platte Faschismusbegriff der KPD werden ihm nie zum Problem – wie denn auch, denn v. Plato ist selber ein Arbeitertümler der altbackensten Sorte. Das gilt freilich genauso für Niels Kadritzke, der in *Probleme des Klassenkampfs* 11/12 sowie 14/15 (beide 1974) heftig gegen v. Platos Rechtfertigungsversuch polemisierte, ohne jemals den Kern des Problems zu treffen und stattdessen geistverlassen vom „klassischen Syndrom sektiererischer Hilflosigkeit vor den wirklichen Problemen der Arbeiterklasse" schwallte.

3 Willy Huhn, *Bilanz nach 10 Jahren (1929 bis 1939),* in diesem Band S. 94. Alle Hervorhebungen bei weiteren Zitaten im Original.

4 Ebenda, S. 113. Die „Krisis"-Gruppe würde sich zusammen mit Moishe Postone an dieser Stelle natürlich sofort wieder dahingehend bestätigt sehen, daß Huhn, genauso wie Horkheimer und Adorno, im Grunde ganz altbackene Marxisten seien, da ihren elaborierten Überlegungen letzten Endes ja die „Wald- und Wiesenvorstellungen des Marxismus", „der eingefrorene alte Arbeiterbewegungshit von der zwangsläufigen totalen Konzentration des Kapitals, gereinigt allerdings von den damit verbundenen Heilserwartungen", zugrundelägen (Norbert Trenkle, *Die vergebliche Suche nach dem unverdinglichten Rest,* in: *Krisis* Nr.10/1991, S.131; vgl. dazu auch Barbara Brick/Moishe Postone, *Kritischer Pessimismus und die Grenzen des traditionellen Marxismus,* in: *Sozialforschung als Kritik,* Frankfurt a.M.1982). Die Behauptung, Adorno etwa und Lenin hätten ein und dieselben Grundannahmen über den

sogenannten „organisierten Kapitalismus" gehabt, ist zwar einerseits ein so grober Unfug, daß man ihn kaum widerlegen mag – aber sei's drum: während Lenin, darin eines Sinnes mit Hilferding, eine Situation heraufziehen sieht, in der ein kleines parasitäres Häuflein von Monopolisten und Staat die Masse des Volkes ausbeutet und knechtet, konstatieren Horkheimer und Adorno die Emanzipation des Kapitals zu seinem, negativen, Begriff: Herrschaft abstrakter, verdinglichter Verhältnisse über die Individuen zu sein – ein Prozeß, der freilich den Staat als einen für das Bestehen dieser „zweiten Natur" unabdingbaren Faktor ins Spiel bringt. Andererseits trifft die absurde Gleichsetzung durchaus ein Wahres: bei Horkheimer und Adorno auf den Begriff gebracht, aber selbst in Lenins kruden Thesen noch als ungefähre Ahnung teilt sich der Erfahrungsgehalt mit, daß die kapitalistische Vergesellschaftung in ein definitiv und unwiderruflich neues Stadium eingetreten ist, in der ihre selbstdestruktiven Tendenzen handgreifliche Gestalt annehmen – ein Vorgang mithin, dessen erschütternden, einschneidenden und bis heute nachwirkenden Charakter „Krisis" hinwegeskamotiert, wenn sie ihn routiniert als „Durchgangsstadium" und „Durchsetzungsphänomen" der „reinen" Wertvergesellschaftung verhandelt.

[5] Willy Huhn, Bilanz..., 115.

[6] Ebenda, S. 112.

[7] Ebd., S. 115 f.

[8] Ebd., S. 139 f.

[9] Ebd., S. 143.

[10] Ebenda, S. 106 f.

[11] Ebd., S. 117.

[12] Ebd., S. 119 bzw. 117.

[13] Ebd., S. 121.

[14] Ebd., S. 151.

[15] Ebd., S. 118.

[16] Ebd., S. 141.

[17] Fast überflüssig zu erwähnen, daß Huhns Darlegungen zum „totalen Staat" von ganz anderem Schlag sind als die bürgerliche Totalitarismustheorie, in deren begrifflicher Nacht alle Katzen grau sind: seine Kritik ist ausgewiesenermaßen eine marxistische und kritische. Daß Sozialdemokratie und Bolschewismus mit Faschismus und Nationalsozialismus andererseits im Konzept eines „integralen Etatismus" (Horkheimer) im Wesen sich trafen, ist für Huhn ein Skandal, weil jede Form von Staatssozialismus der objektiv gebotenen und möglichen *Vergesellschaftung* der Produktion – für Huhn die einzige wahrhaft Marxsche Perspektive – Hohn spricht. Nicht nur macht er deutlich, daß die gesamte „alte Arbeiterbewegung" trotz ihrer Geburtshelferrolle für die Herausbildung des „totalen Staates" „nicht Subjekt, sondern Objekt der Weltgeschichte im Imperialismus" war (*Bilanz*, S. 141), sondern er trifft, wenn leider auch nicht systematisch entwickelt, eine entscheidende Differenz zwischen Faschismus und Nationalsozialismus. Dazu mehr unter Punkt IV.

[18] Ebd., S. 128.

[19] Ebd., S. 124.

[20] Anders verhält es sich mit jenen offen reaktionären Dummheiten, die Huhn im vorletzten Kapitel der *Bilanz* zum Besten gibt: diese fallen aus seiner Gedankenführung gänzlich heraus. Diese Passagen erwecken den Eindruck, als sei der Kritiker zeitweilig seinem Gegenstand erlegen, als habe der Kritiker der Sozialdemokratie urplötzlich selbst in einen ordinären National-Sozialdemokraten sich verwandelt, der wie ein übler chauvinistischer Agitator über das „Versailler Diktat" herzieht, das er einen „offensichtlichen und brutalen Raubzug an einem ganzen Volke" nennt, das „Deutschland geradezu zwangsläufig" habe „zertrümmern müssen", der von „Pflichten und Opfer" schwärmt, die eine zukünftige sozialistische „Gemeinschaft" den Individuen abverlangen müsse, mehr noch als der „totale Staat"(!), der ganz in diesem Sinne den selbstlosen und konstruktiven Revolutionär gegen den destruktiven, nur von zu kurz gekommenem Egoismus umgetrieben „Meckerer" und „Rebellen" pointiert und sich endlich nicht mal entblödet, unter Aufbietung abgeschmacktester Geschichtsmetaphysik den Nazis zugute zu halten, daß sie die Einzelnen „gewaltsam zu einer vorläufig nur nationalen, aber eben doch zu einer Gemeinschaft zusammengeschweißt" hätten. Man kann solche finsteren Einlassungen nur kopfschüttelnd zur Kenntnis nehmen und im übrigen ein weiteres Mal konstatieren, daß selbst brillante Kritiker oft nicht auf der Höhe ihrer Einsichten sich bewegen und die Tragweite dessen, was sie entwickeln, gar nicht ermessen. Mit seiner schneidenden Kritik der Sozialdemokratie, wie er sie nicht nur im restlichen Text der *Bilanz* ausbreitet, hat Huhn jedenfalls auch seinen eigenen national-sozialen Anwandlungen, wie sie in den fraglichen Passagen zum Ausdruck kommen, das vernichtende Urteil gesprochen.

[21] In diesem Band, S. 148.

[22] Ebd., S. 130.

[23] Ebd., S. 120

[24] Willy Huhn, *Die Kaserne und das KZ* (unveröfftl. Manuskript (1955), S.1.

[25] Ebd., S. 10.

[26] Ebd., S. 9.

[27] Außer einer bläßlichen Anmerkung, wonach die Nazis sich des „Sozialismus der dummen Kerle" „bedient" hätten" (ebd., S. 129), enthält die *Bilanz* dazu nichts.

WILLY HUHN

Etatismus, „Kriegssozialismus", „Nationalsozialismus" in der Literatur der deutschen Sozialdemokratie

Weder war Hitler ein diabolus ex machina in der jüngsten deutschen Geschichte, noch kann der Nationalsozialismus als ein Einbruch des Dämonischen in eine sonst leidlich vernünftige und annähernd menschliche Welt aufgefaßt werden. Das Phänomen des „Dritten Reiches" kann nur aus der Entwicklung der *ganzen* deutschen Gesellschaft seit der Jahrhundertwende, vor allem seit 1914, erklärt werden. Es gibt *keinen* Teil des deutschen Volkes, der im Laufe des ersten Vierteljahrhunderts *keinen* Anteil an seiner Entstehung genommen hätte und an seiner weiteren ideologischen und organisatorischen Ausbildung völlig unschuldig wäre. Dies gilt sogar für das deutsche Judentum, das im „Dritten Reich" fast ausgerottet worden ist: Walter Rathenau war nachweislich vor dem Ausbruch des I. Weltkrieges wie Houston Stewart Chamberlain von der völligen Überlegenheit der nordisch-germanischen Herrenrasse überzeugt und vertrat eine rassistische Geschichtsauffassung, die ihren Ausgang von dem Grafen Gobineau genommen hatte; und Nachum Goldmann erwartete 1915 sowohl die Lösung der sozialen Frage wie die Organisation des neuen Gesellschaftssystems vom „Geist des Militarismus".[1] Es sei auch an jenen deutschen Gesandten in Prag erinnert, der als Vertreter der Weimarer Republik sämtliche Lügen der späteren Nazipropaganda über den I. Weltkrieg und den deutschen Zusammenbruch in seinen Kreisen zum besten gab, und von dem Heinrich Mann sagt: „Der Gesandte nannte sich Sozialist: Faschist konnte er sich noch nicht nennen, und später wird seine Rasse ihn verhindert haben."[2]

So hat es nicht nur manche Juden, sondern auch zahlreiche Sozialdemokraten gegeben, welche nur durch ihre „Rasse" oder durch ihre sonstige Untragbarkeit für die NSDAP daran gehindert worden sind, zu Hitler überzugehen. Ebenso wenig wie das deutsche Judentum kann also die deutsche Sozialdemokratie ohne weiteres von der Mitschuld

an der Entstehung und Entwicklung des Nationalsozialismus freigesprochen werden, ja, sie – im Hinblick auf ihren lassalleanischen und späteren „mehrheitssozialdemokratischen" Flügel – sogar am allerwenigsten. Die deutsche Sozialdemokratie hätte also gut daran getan, nach 1945 ihre eigene Vergangenheit selbstkritisch zu untersuchen, nicht nur im Hinblick auf jene politischen Fehler, welche die Machtergreifung der NSDAP erst ermöglicht haben, sondern vor allem in Bezugnahme auf jene theoretischen Positionen, welche dem Nationalsozialismus ideologisch Vorschub leisten mußten. Wir werden im Folgenden versuchen, auf einige von diesen Standpunkten kritisch hinzuweisen.

Die Lassalle-Legende

Es gibt innerhalb und außerhalb der deutschen Sozialdemokratie eine *Lassalle-Legende,* die eben noch nach dem Tode Kurt Schumachers ihren symbolischen Ausdruck darin fand, daß man seinen Sarg mit der Fahne der Breslauer Lassalleaner von 1863 bedeckte und zu seinem Nachruf schrieb: „Seine Bahre deckt die Fahne Ferdinand Lassalles. In seiner Person vereinigt sich das Erbe mit dem Schöpfer."[3] Betrachten wir einmal den Schöpfer und seine Erbe kritisch!

Die Lassalle-Legende beginnt schon mit den folgenden Behauptungen: Ferdinand Lassalle habe *die deutsche Arbeiterbewegung* aus ihrem Totenschlaf nach 1848 wieder „wachgerufen",[4] selbst Marx rechnete ihm dies als „unsterbliches Verdienst" an,[5] und Sombart behauptete sogar einmal, daß die moderne proletarische Bewegung mit seinem Auftreten ihren Anfang genommen habe.[6] Andere Autoren haben sich etwas richtiger ausgedrückt, wenn sie erklärten, daß Lassalle *die deutsche Sozialdemokratie* „ins Leben gerufen" habe.[7] Allgemein gilt er als „Begründer" derselben,[8] und noch vor kurzem schrieb man, Lassalle sei der „eigentliche" Begründer der Sozialdemokratie gewesen.[9]

Diese fast allgemeine, auch von einem Biographen und Herausgeber der Werke Lassalles, Karl Renner, geteilte Meinung[10] wird auch von der SED, und zwar in einer bemerkenswerten Variante, vertreten: hiernach besteht das große geschichtliche Verdienst Lassalles darin, „daß er die Arbeiterbewegung aus einem Anhängsel der liberalen Bourgeoisie in eine selbständige politische Partei verwandelt" habe.[11] Allerdings wird damit zugegeben, daß bereits eine deutsche Arbeiterbewegung vor dem Auftreten Lassalles existierte, der ihr jedoch erst die politische Form verlieh.

Noch interessanter aber wird „das historische Verdienst" Lassalles um die Formung der deutschen Arbeiterbewegung zur politischen Partei von Lenin charakterisiert: er habe die erstere von dem Wege, den sie *spontan* einschlug, in der Richtung einer fortschrittlichen Gewerkschaftsbewegung und zum „Kooperativismus" „abgelenkt".

Demnach bestünde das Hauptverdienst von Lassalle um die deutsche Arbeiterbewegung in der „Herabsetzung des spontanen Elements"? Also in der Dämpfung der selbständigen Aktion der Arbeiterklasse? Spricht doch Lenin davon, daß ihr gegenüber „ein verzweifelter Kampf gegen die Spontaneität notwendig" gewesen wäre![12]

Wir kennen die Geschichte der deutschen Sozialdemokratie mehr oder weniger nur von den Parteigründern, und selbst Franz Mehring gehörte zu den Apologeten Lassalles. Doch sind auch die Initiatoren der ursprünglichen, vorlassalleanischen Arbeiterbewegung gelegentlich, wenn auch nicht so lautstark, zu Worte gekommen, z. B. durch Vahlteich. Jene Leipziger Arbeiter, die später als Arbeiterbildungsverein an Lassalle herantraten, hatten sich bereits von den „liberalen Schwätzern" gelöst und traten an ihn, wie Vahlteich berichtet, keineswegs mit solcher Unklarheit heran wie es nach einigen öffentlichen Äußerungen Lassalles erschien. Und seine Ideen waren für die Arbeiter keineswegs so originell:

„Seine Vorschläge: *Produktionsgenossenschaften* mit *Staatskredit,* allgemeines Stimmrecht und Organisierung eines über ganz Deutschland ausgebreiteten Arbeitervereins, waren an sich nichts Neues oder Überraschendes, uns aber durchaus vertraut. Es war uns bekannt, daß der ganze Plan mitsamt den 100 Millionen Talern Staatskredit, im Juni 1848 schon einem Arbeiterkongreß in Berlin vorgelegen hatte."

Seinen berühmten Vortrag über das „Arbeiterprogramm" hielt Lassalle zwar Anfang 1862 vor dem Berliner Handwerkerverein, dachte aber nicht daran, sich mit dieser Kundgebung auch an die anderen Arbeiterorganisationen zu wenden, obwohl er einen gesamtdeutschen Arbeiterverein organisieren sollte. Vahlteich, selbst einer von den ersten Arbeitern, die von sich aus, „spontan", Verbindung mit Lassalle suchten, gelangte deshalb zu der folgenden Überzeugung vom Verhältnis Lassalles zum Proletariat: „Er glaubte eben nicht an die Arbeiter und die sieghafte Macht einer Arbeiterbewegung, zielte vielmehr ... auf eine revolutionäre Bewegung hin, die ... zunächst bürgerlicher Natur sein sollte. Er hatte sich so wenig um die Vorgänge in Arbeiterkreisen bekümmert, daß ihm zunächst bewiesen werden mußte, die Anfänge einer Arbeiterbewegung seien schon vorhanden, und erst als die direkte Aufforderung an ihn erging, sich an die Spitze zu stellen, leistete er dem Rufe Folge. Aber wie? Ängstlich darauf bedacht, sich

den Rückzug zu decken, wenn die Bewegung nicht binnen Jahresfrist große Dimensionen annehmen würde."

Vahlteich erklärt daher nachdrücklich, man habe die Organisation der Arbeiter gewollt und nicht auf Lassalle gewartet, um mit diesem Werke zu beginnen.[13]

Worin bestand nun Lassalles „verzweifelter Kampf" gegen die deutsche Arbeiterbewegung? *Wofür* kämpfte er gegen die selbständigen Bestrebungen der Arbeiter? Wir hörten vorhin von den Produktivgenossenschaften mit Staatskredit. Es gehörte schon etwas dazu, von dem preußischen Staate jener Zeit einen Kredit zur partiellen Verwirklichung des „Sozialismus" zu erwarten, und man mußte schon in der Nachfolge Hegels tief von der Überzeugung durchdrungen sein, daß es der Zweck des Staates" sei, „die Erziehung und Entwicklung des Menschengeschlechtes zur Freiheit" zu gewährleisten![14]

Wie konnte Lassalle von dem „uralten Vestafeuer der Zivilisation", dem Staate, auch die Sozialisation erwarten?[15] Weil er im Grunde wie sein Gesinnungsfreund Rodbertus der Ansicht war, daß *der Staat die gesellschaftliche Vorsehung* sein sollte![16] Von dieser staatsbejahenden und staatserhaltenden Gesinnung aus lehnte Lassalle die marxistische Staatsauffassung – ohne sie direkt zu nennen – als eine „Theorie der Zerstörung und Barbarei" ab, und erklärte seine eigene Staatsphilosophie als „eine Staatsdoktrin im höchsten Grade."[17]

In dieser Auffassung ist Lassalle, wie wir noch sehen werden, theoretisch und praktisch sehr weit gegangen. Er, der einmal zu Marx gesagt hatte, wenn er nicht an die Ewigkeit der Kategorien glaube, müsse er an Gott glauben, führte auch ein aufschlußreiches Gespräch mit Dr. Julius Frese, mit dem er längere Zeit verkehrt hat. Als ihm Frese in einer Debatte über die Annahme Lassalles, der preußische Staat werde den Arbeitern bei der Errichtung ihrer Produktivassoziationen helfen, einwarf, er mute dem Staate Unmögliches zu, erhielt er von Lassalle die bezeichnende Antwort: „Was wollen Sie? *Der Staat ist Gott!*"[18] Es soll einige Leute geben, welche die Marxisten mit der Schuld der „totalitären" Staatsvergötzung belasten möchten, wir müssen diese schon bitten, sich an die Lassalleaner zu halten. Bedeutungsvoller noch als diese Überlieferung ist die Erklärung, welche Frese für die Einstellung Lassalles zum Staate gab, und die uns ohne jede Rücksicht auf die Lassalle-Legende auf jene Elemente einstößt, die

nun einmal mit der Wirksamkeit Lassalles in die deutsche Sozialdemokratie hineingeraten sind: „Und warum machte er den Staat zum Gott? Weil er eine *despotische, eine cäsaristische Natur* war, ein Freiheitsmensch in seinen Begriffen, ein Gewaltmensch in seinem mächtigen Willens ... ein Herrschgewaltiger von oben ..."

Nichts beweist diese harte Kritik besser, als Lassalles Verhalten in dem von ihm mitgegründeten Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein (ADAV). Schon bei der Gründung am 23. Mai 1863 erklärte Lassalle, wenn sich in der Zukunft nicht bald ein angemessener Erfolg zeige, sei er nicht bereit, den Kampf fortzusetzen und bestand im Hinblick auf diese Möglichkeit auf dem Recht, jederzeit einen Stellvertreter ernennen zu dürfen.

„Außerdem war die von ihm vorbereitete Statutenvorlage so zugeschnitten, daß sie dem Präsidenten volle Macht gab, mit dem Vereine nach Belieben zu schalten und zu walten. Daß er selbst zum Präsidenten erwählt werden müßte, verstand sich von selbst".[20] Und dieser Präsident hatte sich selbst schon durch die Statuten im Voraus „diktatorische Gewalt gegeben"![21] Als diese nach dem Tode Lassalles die Nachfolger festzuhalten suchten, gab es Spaltungen über Spaltungen, bis zeitweise nicht weniger als fünf Organisationen sich als der ADA ausgaben, sich gegenseitig wüst verleumdeten und die Versammlungen sprengten, „wobei es oft genug zu den widerlichsten Szenen und Gewalttätigkeiten kam.[21]" Erst die Neukonstitution der Lassalleaner 1869 zu Eisenach machte diesen Epigonenkämpfen ein Ende, jetzt nannte man sich „Sozialdemokratische Arbeiterpartei". In diesem Sinne darf man Lassalle als Begründer der deutschen Sozialdemokratie anerkennen.

Es ist bezeichnend, wie Lassalle den diktatorischen Führungsanspruch in „seiner" Partei in der „Ronsdorfer Rede" (22. Mai 1864) begründet hat: „Noch ein anderes höchst merkwürdiges Element unseres Erfolges habe ich zu erwähnen. Es ist *dieser geschlossene Geist strengster Einheit und Disziplin,* welcher in unserem Verein herrscht!... Wohin ich gekommen bin, überall habe ich von den Arbeitern Worte gehört, die sich in den Satz zusammenfassen: Wir müssen unserer aller Willen in einen einzigen Hammer zusammenschmieden und diesen Hammer in die Hände eines Mannes legen, zu dessen Intelligenz, Charakter und guten Willen wir das nötige Zutrauen haben, damit er

aufschlagen könne mit diesem Hammer!" Anschließend behauptete Lassalle, die bisher für unvereinbar gehaltenen Gegensätze im Staatsleben, Freiheit und Autorität, seien im ADAV „auf das innigste vereint".[22] Später werden das die russischen Lassalleaner „demokratischen Zentralismus" nennen ...

Selbst Eduard Bernstein, in der Sache immer ein harter Kritiker Lassalles, der oft in Worten Milde walten läßt, deutet an, daß sich Lassalle von der jahrelangen Schmutzaufwühlerei im Hatzfeld-Prozeß und gewissen juristischen Praktiken charakterlich nicht mehr habe frei machen können und spricht von einer sich danach offenbarenden Einbuße an gutem Geschmack und moralischem Unterscheidungsvermögen. Er habe sich im Laufe dieses Prozesses von der Fäulnis der Gesellschaft angesteckt und sei schließlich diesen Giften erlegen.[23]

Das zeigt sich besonders deutlich in dem Augenblick, als seine Hoffnungen auf einen raschen und glänzenden zahlenmäßigen Aufschwung des ADAV fehlschlugen. Er hatte immer auf die Staatshilfe Preußens gehofft, doch war er auch bereit gewesen, den Staat notfalls zu zwingen, und zwar über das allgemeine und direkte Wahlrecht. Was nun, wenn er mit der Unterstützung der kaum tausend Mitglieder des ADAV von Anfang 1864 den preußischen Staat nicht zwingen konnte, den Kredit für die Arbeiterproduktivassoziationen herzugeben?

Vahlteich datiert von diesem Augenblick an die taktische Abschwenkung Lassalles in das Lager der preußischen Regierung, und das heißt: zu Bismarck. Es war die Gräfin von Hatzfeld, welche die Verhandlungen zwischen Bismarck und Lassalle einleitete, wie überhaupt ihr Einfluß auf ihn nicht zum Vorteil der deutschen Arbeiterbewegung war. Und nun zeigte sich, welche Gefahr ehrgeizige Charaktere, die wie Lassalle eine Organisation als ihr Werkzeug und nicht als das der *Arbeiterklasse* ansehen, für die Arbeiterbewegung sind, noch dazu, wenn sie diktatorische Vollmachten auf *fünf Jahre* haben wie er. Er bereitete insgeheim eine politische Zusammenarbeit mit dem preußischen Königtum vor, und für den Fall, daß auch diese scheitern sollte, den Rückzug aus der Politik und seine Auswanderung. Das waren natürlich Pläne, „die eine freie Diskussion vor den Arbeitern nicht vertragen konnten", wie Vahlteich schreibt, der ihnen erbittert entgegentrat.[24]

Lassalle hatte einmal als 16jähriger Handelsschüler den „Fiesco" gesehen und den Grafen Lavagna als großartigen Charakter bewun-

dert. In diesem Zusammenhang entschlüpfte ihm in seinem Tagebuch eine Selbsterkenntnis von einer grandiosen prophetischen Art: „Ich weiß nicht, trotzdem ich jetzt revolutionär-demokratisch-republikanische Gesinnungen habe wie Einer, so fühle ich doch, daß ich an der Stelle des Grafen Lavagna ebenso gehandelt und mich nicht damit begnügt hätte, Genuas erster Bürger zu sein, sondern nach dem Diadem meine Hand ausgestreckt hätte. Daraus ergibt sich, wenn ich die Sache bei Licht betrachte, daß ich bloß Egoist bin. Wäre ich als Prinz oder Fürst geboren, ich würde mit Leib und Leben Aristokrat sein. So aber, da ich bloß ein schlichter Bürgerssohn bin, werde ich zu seiner Zeit Demokrat sein."[25]

Bismarck muß seinem Gesprächspartner tief in die Seele geblickt haben, wenn er ihn in jener historischen Sitzung des Deutschen Reichstages, in welcher das „Sozialistengesetz" beraten und durchgesetzt wurde, mit den folgenden am 17. September 1878 an August Bebel gerichteten Worten charakterisierte: „Lassalle hatte nichts, was er mir als Minister hätte geben können. Was er hatte, war etwas, was mich als Privatmann außerordentlich anzog: er war einer der geistreichsten und liebenswürdigsten Menschen, mit denen ich je verkehrt habe, ein Mann, der ehrgeizig im großen Stil war, *durchaus nicht Republikaner;* er hatte eine sehr ausgeprägte nationale und *monarchische Gesinnung,* seine Idee, der er zustrebte, war das deutsche Kaisertum, und darin hatten wir einen Berührungspunkt. Lassalle war ehrgeizig im hohen Stil, und ob *das deutsche Kaisertum* gerade mit der Dynastie Hohenzollern oder mit der *Dynastie Lassalle* abschließen solle, das war ihm vielleicht zweifelhaft, aber monarchisch war seine Gesinnung durch und durch."[26]

Anschließend bestritt Bismarck der deutschen Sozialdemokratie das Recht, sich auf Lassalle zu berufen und „seinen Namen zu mißbrauchen", womit er nicht ganz Unrecht hatte: hatten sich doch inzwischen die lassalleanischen Sozialdemokraten mit den marxistischen Sozialisten 1875 in Gotha vereinigt, und zwar einfach als „Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands". (Mit der Sonderexistenz der Lassalleaner verschwand also auch die Bezeichnung Sozialdemokraten.)

Entsprechend seiner taktischen Schwenkung modifizierte Lassalle jetzt auch seine politischen Prinzipen: jetzt behauptete er, alles Königtum sei „ursprünglich Volkskönigtum" gewesen![27] Hatte er noch im

Mai 1863 in seinem Briefwechsel mit Rodbertus „die Sprache des Cäsarismus" abgelehnt, weil dann „für die Gegenwart alles verloren wäre",[28] so scheute er nunmehr vor dieser Sprache nicht mehr zurück.

Das „auf den Knauf des Schwertes gestützte" Königtum soll sich wahrhaft große, nationale und volksgemäße Ziele setzen und verfolgen, sich von der Bourgeoisie abwenden und „das Volk auf die Bühne" der Geschichte führen.[29] Lassalle, entwickelte schließlich in einem Briefe an Bismarck vom 8. Juni 1863 eine merkwürdige Version einer königlichen „Diktatur des Proletariats", die uns sofort an die bolschewistische Konzeption derselben erinnert, nämlich an eine nicht von der Arbeiterklasse *selbst,* sondern in ihrem *Namen* und in ihrem *Interesse* ausgeübte Diktatur:

„Wie *wahr* es *ist, daß sich der Arbeiterstand instinktmäßig zur Diktatur geneigt fühlt, wenn* er erst mit Recht davon überzeugt sein kann, daß *dieselbe in seinem Interesse ausgeübt wird,* und wie sehr er daher, wie ich Ihnen schon neulich sagte, geneigt sein würde, trotz aller republikanischen Gesinnungen – oder vielmehr gerade aufgrund derselben – *in der Krone den natürlichen Träger der sozialen Diktatur,* im Gegensatz zu dem Egoismus der bürgerlichen Gesellschaft, zu *sehen,* wenn die Krone ihrerseits sich jemals zu dem – freilich sehr unwahrscheinlichen – Schritt entschließen könnte, eine wahrhaft revolutionäre und nationale Richtung einzuschlagen und sich aus einem Königtum der bevorrechteten Stände in *ein soziales* und revolutionäres *Volkskönigtum* umzuwandeln."[30]

Es kann jedem Kenner des Lassalleanismus, der die Lassalle-Legende durch das Studium der vorliegenden Quellen kritisch überwunden hat, kaum noch zweifelhaft sein, aus welcher Richtung jene totalitären Züge kommen, die viele bürgerliche Kritiker des Nationalsozialismus in der sozialdemokratischen Partei gesucht und gefunden haben. Vahlteich hat längst auf diese Zusammenhänge hingewiesen:

„Die *Diktatur,* oder das, was wir heute als *Imperialismus* bezeichnen, war für ihn auch keineswegs eine vorübergehende Notwendigkeit, sondern lag seiner Idee vom Staate zu Grunde."[31]

Bei einem Denker, bei dem alles vom Staatsgedanken erfüllt war, und der überzeugt war, daß auch die soziale Frage „nur durch den Staat gelöst werden"[32] konnte, ist nur ein Schritt von der Staatsinitia-

tive zu einer „Revolution von oben", zur Diktatur irgendeiner politischen Elite.

Wenn also F. A. Hayek, Professor an der London School of Economics, feststellt, bezeichnenderweise seien die wichtigsten Vorläufer des Nationalsozialismus – Fichte, Rodbertus und Lassalle – auch die anerkannten Ahnen der deutschen Sozialdemokratie, so trifft das nicht die Träger jener Tradition, die 1875 unter Führung von August Bebel und Wilhelm Liebknecht in die Gesamtpartei hineingetragen wurde und die stark von Marx und Engels beeinflußt war. Ja, Hayek spricht sogar ausdrücklich von dem „liberalen Gehalt des Marxismus", von „seinem Internationalismus und seinem Demokratismus". Nicht die marxistischen, sondern die lassalleanischen Überlieferungen der deutschen Sozialdemokratie haben einen Anteil an der Herausbildung des Nationalsozialismus gehabt, führt der englische Autor aus und erklärt wörtlich: „Solange der theoretische Sozialismus marxistischer Prägung die deutsche Arbeiterbewegung dirigierte, trat das autoritäre und nationalistische Element für einige Zeit in den Hintergrund. Aber nicht für lange."[33]

Anstatt also vor einer solchen Kritik innerhalb oder außerhalb ihres Parteilagers die Augen zu verschließen, sollte die deutsche Sozialdemokratie sich endlich kritisch mit ihrer eigenen Vergangenheit auseinandersetzen. Zweifellos war Lassalle „ein sogenannter großer Mann", doch hat schon Vahlteich richtig bemerkt, daß er „eben deshalb unbrauchbar für den Zweck war, der Sozialdemokratie als Führer zu dienen."[34] Doch Marx war ein noch größerer Mann, und seine Lehre vertritt nicht nur keinen Etatismus, sondern einen internationalen, demokratischen Sozialismus.

Der Streit um den Staatssozialismus

Vahlteich bemerkte einmal, man habe „lange zehn Jahre eines harten, überaus unrühmlichen Kampfes nötig gehabt, um den fanatischen Lassalle-Kultus aus den Köpfen der Arbeiter wieder herauszubringen".[35] Tatsächlich hat dieser Kampf auch innerhalb der Gesamtpartei nach 1875 nie aufgehört, und es ist den Marxisten lediglich gelungen, eine Zeitlang die offiziellen Organe zu beherrschen und insofern ein marxistisches Gesicht der Sozialdemokratie vorzutäuschen, das einesteils nur für die literarische Fassade, andernteils nur für eine intellektuelle und proletarische Elite zutraf. Bei vielen „orthodoxen Marxisten" waren Marx und Lassalle, Sozialismus und Etatismus, eine merkwürdige Ehe eingegangen, die ihren wahren Kern erst im I. Weltkrieg offenbarte. Es ist also nicht richtig, wenn man sagt, die SPD habe 1914 ihr marxistisches Programm „verraten". Tatsächlich erklärt sich dieser „Verrat" dadurch, daß die SPD erstens: die lassalleanische Tradition nicht wahrhaft überwunden, sondern nur ideologisch und propagandistisch übertönt hatte; zweitens: daß die theoretischen Diskussionen über die wesentliche Unterscheidung von Verstaatlichung (Etatismus) und Vergesellschaftung (Sozialismus) nur zwischen Intellektuellen und klassenbewußten Arbeitern geführt worden waren, aber weder die Masse der Parteimitglieder ergriffen, noch die politischen Praktiker der Partei (Abgeordnete, Organisatoren) wesentlich berührt oder gar bestimmt hatten; drittens: daß der Beginn der Sozialpolitik unter dem „Arbeiterkaiser" Wilhelm II. begonnen hatte, Funktionäre der Partei immer mehr an und in den Staat hineinzuführen und sie an der imperialistischen Politik desselben zu interessieren. Es ist verständlich, daß man vor allem die letztere Entwicklung weniger mit marxistischen, aber dafür besser mit lassalleanischen Überlieferungen begründen konnte.

Wir werden im folgenden diese abstrakten Thesen mit den wichtigsten mehrheitssozialdemokratischen Veröffentlichungen belegen. Wir dürfen hierbei die Auffassung von Marx und Engels bekannt voraussetzen; vor allem der Letztere hat unmißverständlich erklärt, daß

eine Verwandlung der Produktionsmittel in *Staatseigentum* noch keineswegs deren *Kapital*eigenschaft aufzuheben vermag, daß es also hiernach nur zu einem *Staatskapitalismus* kommen kann, unter dem die Proletarier nicht nur Lohnarbeiter bleiben, sondern das *Kapitalverhältnis* sogar „auf die Spitze getrieben" wird. Gerade in dem Maße und in dem Umfange, in dem der moderne Staat mehr und mehr Produktivkräfte in sein Eigentum oder in seine Verfügungsgewalt bekommt, wird er auch „wirklich Gesamtkapitalist". Dieser Prozeß zeigt der Arbeiterklasse nur die Notwendigkeit auf, die Staatsgewalt zu ergreifen, den Staatsapparat zu vernichten und dafür zu sorgen, daß die *Gesellschaft* „offen und *ohne Umwege*" von den Produktivkräften und Produktionsmitteln Besitz ergreift. Die politische Gewalt, welche die Arbeiter hierzu nötig haben, besteht nicht in der überwundenen, überkommenen Staatsmaschine, sondern in ihrer eigenen *Organisation als Klasse,* die an die Stelle des zu vernichtenden „ideellen Gesamtkapitalisten" zu treten hat.[36]

Es ist unverkennbar, daß sich in der Frage des Etatismus und des Staates Marxismus und Lassalleanismus unvereinbar gegenüberstehen. In der alten Sozialdemokratie nach 1875 und vor 1891 hütete man sich allerdings im Interesse der schwer genug errungenen Einheit, die Diskussion unter dieser Frontenstellung auszufechten: man zog es vor, nicht Lassalle, sondern den *„Staatssozialismus"* zu bekämpfen. Und wenn die Lassalleaner sich ideologisch gegenüber den Marxisten durchsetzen wollten, dann sprachen und schrieben sie nicht von der künftigen *Gesellschaftsordnung,* sondern vom *„Zukunftsstaat"* . Demgegenüber erklärte Karl Kautsky, nicht um den „Zukunftsstaat" hätten sich die lebhaften Kämpfe und Debatten in der Arbeiterbewegung gedreht, nicht der „Zukunftsstaat" sei das Problem, das die Sozialdemokratie beschäftige, sondern die Frage, „welchen Weg das Proletariat einschlagen soll, um in den Besitz der Produktionsmittel zu gelangen."[37] Das war aber nur eine Umschreibung des Staatsproblems, hatte nicht Engels deutlich genug gesagt, daß die Gesellschaft offen und ohne den „Umweg" über den überkommenen Staatsapparat von den Produktionsmitteln Besitz ergreifen müsse?

In den nächsten Jahren konnte man weder der Frage des „Staatssozialismus" noch der des „Zukunftsstaates" ausweichen. Die erstere wurde im Jahre 1892 von Georg von Vollmar aufgeworfen, die an-

dere von den Führern der bürgerlichen Parteien im Reichstag Ende Januar – Anfang Februar 1893. Vollmar hatte im Juni 1892 in einer französischen Zeitschrift („Revue bleue") einen Artikel veröffentlicht, den er dann wegen der bereits ausgelösten Diskussion mit einem Kommentar auch in deutscher Übersetzung als Broschüre veröffentlichte: „Über Staatssozialismus". Darin bestimmte Vollmar als „Staatssozialismus" den Grundsatz, „daß *der bestehende Staat nicht bloß eine Organisation zu politischen Zwecken sei,* sondern daß sich eine Souveränität auch auf das wirtschaftliche Gebiet in dessen vollem Umfange erstrecke, so daß dem Staate nicht nur *die Regelung des ganzen Verhältnisses zwischen Arbeitern und Unternehmern* zusteht, sondern daß auch *die Überführung beliebiger Theile der Gütererzeugung unter die Oberleitung oder selbst in den unmittelbaren Betrieb des Staates* in seiner Befugniß liege." Es ging aber nicht allein um diese Definition, sondern um zwei hiermit eng verbundene Thesen, nämlich, daß „die Entwicklung der Verhältnisse in Deutschland längst jede Gefahr, welche aus einer Benützung des Staatssozialismus zu machtpolitischen Zwecken entstehen konnte, beseitigt hat", und das infolgedessen „*die Sozialdemokratie keinerlei Grund hat, den Gedanken des Staatssozialismus an sich mit besonderem Eifer zu bekämpfen.*"[38]

Es war richtig von Kautsky, darauf hinzuweisen, daß die Voraussetzung für die Richtigkeit dieser Sätze eine *Verselbständigung der Staatsgewalt gegenüber der Gesellschaft* sei. Wenn der Staat auf dem ökonomischen Gebiet wirklich souverän eingreifen und die Beziehungen zwischen Arbeitern und Unternehmern gerecht regeln wollte, dann hätte dem eine erhebliche Stärkung der Monarchie und ihrer Unabhängigkeit gegenüber den Klassen und Parteien vorausgehen müssen. Kautsky lehnte es aber entschieden ab, dem Etatismus auch nur das geringste Zugeständnis zu machen, weil dies doch nur darauf hinauslaufen könne, „es überflüssig oder geradezu unmöglich (zu) machen, daß das Proletariat seine Interessen selbst vertritt", sondern es vielmehr dazu zu verführen, alles „vertrauensvoll der Regierungsgewalt (zu) überlassen." Wenn man sich heute diese Diskussion in der „Neuen Zeit" durchliest, kann man sich nicht des Eindrucks erwehren, als habe hier Kautsky nichts Geringeres zurückgewiesen, als die Möglichkeit einer „totalitären" Entartung des Programms und der politischen Praxis der Partei.[39]

In der weiteren Diskussion dieser Frage wurde von einem „Staatsbeamten" richtig bemerkt, daß nach dem Aufkommen des Wortes vom „Arbeiterkaiser" anläßlich der Einführung der Sozialgesetzgebung und nach dem Fall des Sozialistengesetzes der Staatssozialismus nicht nur nicht mehr als staatsgefährlich betrachtet wurde, sondern daß die Regierenden selbst gezwungen würden, sich zum Staatssozialismus zu bekennen, um sich das Vertrauen wenigstens des politisch rückständigen Teiles der arbeitenden Bevölkerung zu bewahren; mit Recht erklärt dieser auch, daß der Begriff des Staatssozialismus die Wahrnehmung von Klasseninteressen ausschließe, also einen über den Klassengegensatz erhabenen Staat unterstellt.[40]

Selbstverständlich hat sich Vollmar gegen die gegen ihn gerichteten Vorwürfe verteidigt, u. a. auch in einer längeren Abhandlung. Aber seine Verteidigung ist recht widerspruchsvoll: er, der doch deutlich genug erklärt hatte, daß die Sozialdemokratie keinen Grund mehr hätte, die Idee des Staatssozialismus mit besonderem Eifer zu bekämpfen, verweist auf eine andere Stelle seiner Schrift, wo er doch im Hinblick auf die Anhänger von Rodbertus geschrieben habe, daß „die Staatssozialisten praktisch antisozialdemokratisch handelten und daß ihr Weg ein autoritärer" sei; im wesentlichen begnügte er sich mit der Versicherung, „daß wir keinen Grund zu irgendwelchem Verstaatlichungsfanatismus haben". Wesentlicher ist, daß auch Vollmar als den Punkt, der den Staatssozialismus entschieden vom demokratischen Sozialismus trennt, die *Aufrechterhaltung der bestehenden Staatsgewalt* erkennt: der Staatssozialismus wolle „die nach seiner Auffassung über den Parteien schwebende Regierungsmacht aufrecht erhalten, ja *womöglich noch stärken, um die Entwicklung der Sozialverhältnisse von Oben herab und in ihrem Sinne zu leiten"*. Vollmar war sich also zweifellos der autoritären bzw. „totalitären" Züge des Staatssozialismus im Gegensatz zur Sozialdemokratie bewußt.[41]

Karl Kautsky arbeitete dann in seiner letzten Erwiderung vor dem Berliner Parteitag (1892) mit aller Schärfe und durchaus in Berücksichtigung der zuletzt erwähnten Zugeständnisse von Vollmar den Gesichtspunkt heraus, unter dem sowohl die *Idee* wie die *Praxis* des Staatssozialismus für Sozialdemokraten unannehmbar sind: *Der Staatssozialismus ist lediglich eine ideologische Ausdrucksform für den Versuch, den Klassenkampf des Proletariats noch innerhalb der kapita-*

listischen Klassengesellschaft aufzuheben bzw. unmöglich zu machen. Praktisch geht dieser Versuch mit eine Stärkung bzw. Verselbständigung der Staatsgewalt einher, die zu den inzwischen als „Totalitarismus" bezeichneten Erscheinungen in Staat und Gesellschaft führt. Das *entscheidende* Merkmal, soweit die Stellung der Sozialdemokratie zu ihm in Betracht kommt, erblickte also Kautsky in dem Verhältnis des Staatssozialismus zum proletarischen *Klassenkampf:*

„Weder das Proletariat noch die Kapitalistenklasse soll durch ihn aufgehoben, sondern das Verhältnis zwischen beiden ein für allemal unverrückbar von Staats wegen festgesetzt werden. *Die Kapitalisten sollen sich in eine Art von höheren Staatsbeamten verwandeln, die unter der Aufsicht des Staates die Produktion leiten und dafür die vom Staat festgesetzten Gewinnantheile einstreichen.* Soweit es im Interesse des Staates und der herrschenden Klassen erforderlich erscheint, soll die Produktion direkt verstaatlicht werden. Aber *die Ausbeutung der Arbeiterklasse soll bestehen bleiben; sie wird bloß von Staats wegen geregelt.* Der Staat selbst bleibt eine über dem Arbeiter stehende Macht, deren Interessen von den seinen verschieden sind. Je mehr er die Produktion an sich zieht, desto mehr fließt sein Einkommen aus der direkten Ausbeutung seiner Arbeiter, die ihm völlig wehrlos preisgegeben sind. Es steigt die Möglichkeit, aber auch der Drang nach fiskalischer Ausbeutung der Staatsproletarier: das ist die logische Konsequenz des Staatssozialismus überall dort, wo seine Vorbedingung besteht: *ein über dem Proletariat stehender Staat."*

Kautsky tröstete sich auch nicht etwa mit dem von Vollmar angeführten Argument: seitdem man mit dem Vorschlag Lassalles, Produktivassoziationen mit Staatshilfe, fertig geworden sei, existiere der ganze Staatssozialismus für die Partei nicht mehr. Sondern er weist warnend darauf hin, daß die Elemente des aus der Mode gekommenen Staatssozialismus immer noch vorhanden seien, und *ein Wink von oben genüge, um neues Leben aus den Ruinen sprießen zu lassen.* Die Idee des Staatssozialismus sei durch Bismarck nicht etwa umgebracht, sondern „in die *Massen* verpflanzt worden, in denen sie noch als dunkler Instinkt lebt, als eine Erwartung, daß der heutige Staat schon berufen sei, ihnen zu helfen".[42]

Wir werden noch sehen, wie sehr diese Erwartung der Massen hüben und drüben, von der Seite der kaiserlichen Regierung wie von

derjenigen des rechten Flügels der SPD, gehegt und gepflegt worden ist. Der bereits erwähnte Parteitag der Sozialdemokratie in Berlin mußte Kautsky schon deswegen folgen, weil (nach August Bebel) die bürgerliche Presse Vollmar die zweifelhafte Ehre erwiesen hatte, ihn für denjenigen zu halten, der die Absicht habe, „eine Rechtsschwenkung in der Partei herbeizuführen" und letztere unter Umständen zu spalten. Man sagte also dem „Sumpf des Staatssozialismus" entschieden ab und erklärte: *„Die Sozialdemokratie hat mit dem sogenannten Staatssozialismus nichts gemein.* Der Staatssozialismus ist ein System von Halbheiten, das seine Entstehung der Furcht vor der Sozialdemokratie verdankt, er bezweckt durch kleine Konzessionen und Palliativmittel die Arbeiterklasse der Sozialdemokratie zu entfremden und diese dadurch zu lähmen."

Bebel sah auch schon den Zusammenhang des damit abgewehrten staatssozialistischen Vorstoßes mit jenen Elementen, die, teils durch die Erweiterung der Parteiorganisation, teils durch die Vermehrung der Abgeordneten und der Journalisten, von der Partei angezogen wurden, weil diese in wachsendem Maße Posten vergeben konnte, die entweder ihrem Ehrgeiz oder ihrem Streben nach materieller Sicherstellung Befriedigung boten. Er hat schon damals auf die Gefahr hingewiesen, die dem revolutionären Charakter der Partei durch „Krethi und Plethi", wie er diese intellektuellen Stellenjäger bezeichnete, drohte.[43]

Man muß also feststellen: das bis zum Sozialistengesetz (1878) gültige Gothaer Programm von 1875, dem nach der Kritik von Marx und Engels „der Sozialismus nicht einmal hauttief saß", war noch weitgehend lassalleanisch. Dann trieb Bismarck den Anhängern seines früheren Verhandlungspartners zwölf Jahre lang den Etatismus mit Kolbenstößen und Zuchthausurteilen aus. Als dann das Sozialistengesetz fiel (1890), hatte man die Züchtigungen von Staats wegen noch nicht vergessen; die marxistische Kritik von 1875, die man der Partei vorenthalten hatte, konnte jetzt erst „glatt durchschlagen", weil sie nunmehr endlich veröffentlicht wurde.[44] Doch schon kurze Zeit nach dem Erfurter Parteitag und Programm (1891) und dem Beginn der „Ära Berlepsch" (inauguriert durch die beiden kaiserlichen Erlasse Wilhelms II. vom 4. Februar 1890) schöpften die unbelehrbaren lassalleanischen und staatssozialistischen Elemente in der Sozialdemokratie schon wieder neue Hoffnung auf ein „soziales Volkskaisertum". Nur

in dieser geschichtlichen Beleuchtung wird der Standpunkt solcher Genossen wie Vollmar verständlich, und man wird sich davor hüten, die Wandlung der SPD erst von Bernstein an zu datieren. Tatsächlich beginnt sie sofort nach dem Sozialistengesetz, in dem Augenblick, als der Staat in der Person des Kaisers der Arbeiterbewegung die „sozialpolitische" Hand entgegenstreckt.[45] Heyde berichtet auch in diesem Zusammenhang, daß Georg von Vollmar „durchaus geneigt" war, mit Wilhelm II. positiv zusammenzuarbeiten.[46]

Wenig später (1893) kam es zu jener großen Debatte im Reichstag, in der die bürgerlichen Parteien die Sozialdemokratie zwingen wollten, der Öffentlichkeit mitzuteilen, wie sie sich die Einrichtung des „Zukunftsstaates" vorstellte. Bebel, dem Eugen Richter später vorwarf, einst selbst ein Lassalleaner gewesen und mit dem Gothaer Programm für Produktivgenossenschaften mit Staatshilfe eingetreten zu sein, hat in dieser Debatte klipp und klar erklärt, daß der Parteitag und das Programm von Erfurt 1891 mit der früheren lassalleanischen Auffassung von Staate völlig gebrochen hätten. Aus diesem gleichen Grunde wolle man auch gar keinen „Zukunftsstaat" mehr haben. Bebel bekannte ehrlich, auch ihm als Sozialisten habe es nicht über Nacht eingeleuchtet, daß der Staat einmal aufhören könnte. Indem Bebel in solcher Weise den neuen, im marxistischen Programm von Erfurt niedergelegten Parteistandpunkt vertrat, war er zweifellos seinen bürgerlichen Gegnern weit überlegen, die – wie z. B. Eugen Richter – „die *Vergesellschaftung alles Kapitals"* mit der „*Verstaatlichung* des Kapitals" durcheinanderwarfen. Er konnte ihnen mit Recht sagen, ihr Denkvermögen erlaube ihnen nicht, „einen Unterschied zwischen einer Staats- und einer Gesellschaftsordnung zu machen". Bebel dagegen unterschied sehr richtig das bürgerliche Privateigentum vom bürgerlichen Staatseigentum und beide vom gesellschaftlichen Eigentum an den Produktionsmitteln. Wilhelm Liebknecht sagte dann abschließend, der „Zukunftsstaat" sei zwar in gewisser Beziehung ein *Ideal,* jedoch habe weder die *Wissenschaft* etwas mit ihm zu tun gehabt, noch habe jemals die Sozialdemokratie ihn in ihr Parteiprogramm aufgenommen.[47]

In dieser Debatte nun, in welcher der Marxismus, vertreten durch August Bebel und Wilhelm Liebknecht, wirklich gut abgeschnitten hat (auch Karl Frohme fügte sich deren Standpunkt einigermaßen ein),

mußte der Staatssozialismus – gerade weil die bürgerlichen Gegner wie die Lassalleaner Etatismus und Sozialismus miteinander verwechselten – schwere Schläge und prophetische Vorwürfe einstecken.

Es war schon bezeichnend, daß verschiedene Redner der bürgerlichen Parteien beanstandeten, daß für die Sozialdemokratie immer nur dieselben Vertreter sprachen und fragten, warum z.B. nicht Georg von Vollmar zu Worte käme. Aber indem sie sich den künftigen Sozialismus eben nur als Staatssozialismus vorstellen konnten, also für alle Zukunft am Staate als *der* Form einer gesellschaftlichen Organisation festhielten, wiesen sie damals schon in einer eindrucksvollen und antizipierenden Weise unwiderleglich nach, daß jeder bloße Etatismus zum „Totalitarismus" führen muß. Der Abgeordnete Dr. Bachem wies auf das Problem der Verteilung der Arbeiten hin: entweder suche sich jeder die angenehmste Tätigkeit, dann habe man allgemeine Anarchie, oder man sei dazu gezwungen, jedem Einzelnen seine Arbeit anzuweisen; im letzteren Falle hebe man sowohl die freie Berufswahl wie die Freizügigkeit auf und lande in der „vollkommensten Tyrannei, die jemals gewesen ist". Den gleichen Einwand erhob Eugen Richter, indem er noch hinzufügte:

„Die Arbeiter stehen im sozialdemokratischen Staat genau im Verhältnis der Soldaten, die man heute zu einem Dienst kommandiert, morgen dann beurlaubt und übermorgen von solcher Beurlaubung zur Disposition wieder zurückruft... *Der sozialdemokratische Staat ist noch weit schlimmer als der Militärstaat.* Dessen eiserne Disziplin und Zucht ist eine ganz humane und milde Behandlung im Verhältniß zu der Ordnung, wie sie im sozialdemokratischen Staat eingeführt werden *muß."*

Anstatt also die Zwangsgewalt abschaffen zu können, müßte der „Zukunftsstaat diese seiner Ansicht nach sogar verstärken. Wenn der Staat zum „Eigentümer alles Kapitals" werde, dann werde er auch zum „alleinigen Arbeitgeber": „Die Folge davon ist, daß jeder Arbeiter, wenn er nicht verhungern will, bei diesem Staat arbeiten muß, und daß er diejenige Arbeit verrichten muß, welche ihm der Staat zudiktiert".

Ferner wies Eugen Richter darauf hin, daß eine „planmäßige Produktion" durch den Staat auch eine „planmäßige Konsumtion" durch den Staat zur Folge habe. Wie die Produktion vorgeschrieben werden müsse, so auch die Konsumtion des Einzelnen. Dadurch würden die

Bürger des „Zukunftsstaates" zu „Stiften einer großen mechanischen Produktions- und Konsumtionsmaschinerie" degradiert. Schließlich werde der Staat auch noch „durch Regelung der Nährweise die Fortpflanzung regeln". Die Arbeiter aber würden sich daran gewöhnen, nichts von ihrer eigenen Vervollkommnung und Besserung, sondern „alles vom Staat zu erwarten". Dieser „Zukunftsstaat" werde „hundert Mal mehr Juristen" benötigen als die kaiserliche Regierung:

„Je mehr Gesetze, desto mehr Juristen braucht man. Mögen Sie das nun Gesetze nennen oder anders – ein Staat, der die ganze Produktion und Konsumtion regelt, bedarf einer Fülle von Anordnungen von oben herab, mit denen Sie unsere Gesetzessammlung nicht entfernt vergleichen können, und die Befolgung dieser Anordnungen kann streitig werden, ebenso die Auslegung; die Beschwerden darüber, mögen Sie das nun Prozesse nennen, oder mögen Sie es nennen Beschwerdeverfahren an die oberste Staatsbehörde – in der Sache ist es gleich –, die Juristen werden zu entscheiden haben, ob der individuelle Fall der allgemeinen Anordnung entspricht."

Womit Eugen Richter unbewußt einen Beitrag zur Ergänzung gewisser Ausführungen von Friedrich Engels geleistet hatte, indem er nachwies, daß der Etatismus notwendig auf einen „Juristensozialismus" hinausläuft![48]

Wenn also auch die Marxisten sich aus der „Zukunftsstaat"-Debatte ehrenvoll zurückziehen konnten, indem sie darauf hinwiesen, daß es für die Arbeiterbewegung gar keinen „Staatssozialismus" geben kann, sondern daß dieser nur im Sinne der Kapitalisten, also als *Staatskapitalismus möglich ist,*[49] so war doch durch die bürgerliche Kritik in prophetischer Weise auf die „totalitären" (in Wahrheit aber: lassalleanischen) Tendenzen in der deutschen Sozialdemokratie hingewiesen worden.

Die bürgerliche Kritik hatte jedoch auch noch Prophezeiungen anderer Art ausgesprochen. Als sich die marxistischen Führer der SPD von der lassalleanischen Tradition distanzierten, sagte man ihnen:

„Der Herr Marx, der geistige Führer Ihrer Partei, den Sie heute noch nicht so ganz über Bord geworfen haben wie den Herrn Lassalle, den Sie aber auch schon im Begriff sind, so ganz allmählich zum alten Eisen zu werfen – wir werden es zweifellos erleben, daß Herr Marx gerade so zum alten Eisen geworfen wird wie Herr Lassalle,

gerade so, wie das Gothaer Programm und das kommunistische Manifest, von dem Sie heute nicht mehr viel haben" (Bachem).

Die bürgerlichen Volksvertretung konnten sich offenbar nicht vorstellen, daß mit der *Abkehr von Marx* eine *Wiederhinwendung zu Lassalle* möglich wurde. Man muß aber doch ihren Weitblick bewundern, wenn man bei Eugen Richter als Erwiderung auf Bebels Hinweis auf die „Mauserung" der Sozialdemokratie folgendes liest: „Sie sind eigentlich in dieser Mauserung nicht revolutionär geworden, sondern Sie sind zahmer geworden. Das erkenne ich an... Die Mauserung kann also auch dahin gehen, daß Sie *mit allmählicher Abwendung von Ihrem eigentlichen sozialdemokratischen Programm zu einer radikalen Volkspartei entwickeln, die radikaler ist als wir, die aber im Grunde genommen auf dem Boden der heutigen Gesellschaftsordnung steht."*

Bachem stürzte sich auch auf einen der schwachen Punkte der Rede Karl Frohmes, wo dieser gesagt hatte, es falle der Sozialdemokratie nicht ein, „den Staat ‚stürzen' zu wollen", ‚der „das naturnotwendige Ergebnis der Entwicklung" sei; man verteidige vielmehr nur „die nächste Etappe der organischen Evolution, nicht mehr und nicht weniger". Bachem hatte sofort erfaßt, was diese Ausführungen bedeuten und schlug unerbittlich zu:

„Das bedeutet den *ausdrücklichen Verzicht auf die Revolution.* Sie wollen also fortan eine *Evolution ohne Revolution.* Das nagle ich hiermit fest. Wenn Ihnen also ihre Haltung in dieser Debatte ernst war, dann haben Sie in diesem Augenblick *aufgehört, eine revolutionäre Partei zu sein,* dann sind Sie von jetzt an nichts anderes als *eine radikale bürgerliche Partei,* dann unterscheiden sie sich in nichts mehr von den Herren, die links von Ihnen sitzen, von der Volkspartei ..."

Wir überlassen das Urteil darüber, ob die Kritik der bürgerlichen Parteien[50] auch in diesem Falle die künftige Entwicklung der Sozialdemokratie richtig vorausgesehen hat, dem Leser, weisen aber nachdrücklich darauf hin, daß sie bereits zwei Jahre nach dem Siege des „Marxismus" auf dem Erfurter Parteitag und im Erfurter Programm ausgesprochen wurde.

Die bürgerliche Kritik hat schließlich noch auf einen wunden Punkt hingewiesen: Bachem zeigte den Widerspruch zwischen den Ausführungen der marxistischen Führer im Reichstag und den Reden in den zahllosen kleineren Versammlungen der Partei auf, in denen man das

Volk mit dem „Zukunftsstaat" fanatisiere. (Und man kann dieses Argument nicht dadurch entkräften, daß sich auch der Vortrag eines Theologen auf einem Konzil von der Predigt eines Dorfpfarrers unterscheide.) Ebenso wage die SPD auch nicht mehr im Reichstag, die soziale Revolution als nahe bevorstehend anzukündigen, aber in Tausenden von sozialdemokratischen Versammlungen im Lande fanatisiere man die Arbeiter mit dieser Hoffnung und ziehe sie mit dieser Täuschung in den Bann der Partei.[51] Hier wurde m.E. auf einen Zwiespalt in der Sozialdemokratie hingewiesen, der nicht ohne weiteres von der Hand gewiesen werden kann. Das verständnisvolle Studium von Marx konnten nur wenige betreiben, und es braucht nur die Frage aufgeworfen zu werden, ob zwei Jahre nach dem Erfurter Programm, dem zwölf bittere und unruhige Kampfjahre vorausgegangen waren, der Marxismus in die Partei mehr als nur „hauttief" eingedrungen sein kann. Auf jeden Fall wird es 1893 noch nicht viele Parteireferenten gegeben haben, die Marx besser kannten als ihren Lassalle – weltanschaulich standen sie ja auch Häckel näher als Hegel.

Man darf also wohl annehmen, daß in den zahllosen sozialdemokratischen Parteiversammlungen eher eine lassalleanische Ideologie tonangebend war als die marxistische Theorie. Und dies scheint auch für die wohlfeile Agitations- und Broschüren-Literatur gegolten zu haben, die unmittelbar für den Arbeiterleser bestimmt war.

Hatte Wilhelm Liebknecht noch im Reichstag den „Zukunftsstaat" als eine „Phantasiesache" bezeichnet und empfohlen, statt dessen mehr „den gegenwärtigen Staat zu studieren"[52], so gab man trotzdem tatsächlich noch 1905 dem Arbeiter „Phantasiesachen" über den „Zukunftsstaat" in die Hand. Darin berief man sich z. B. nicht nur auf Bellamy, sondern sogar auf den „Sonnenstaat" Campanellas! Im übrigen konnte hier der Arbeiter in einer von Problemen völlig unbeschwerten Darstellung lesen,[53] er werde im „Zukunftsstaat bei einer *halbstündigen* Tätigkeit in hohem Wohlstand, von Luxus umgeben", leben. In der Propaganda und in der Agitation verzichtete man also keineswegs auf die „Phantasiesache" des „Zukunftsstaates", um sich der lassalleanischen Ideologie der Arbeiter anzupassen.

Sieht man sich aber diese Broschüre näher an, so entpuppt sie sich als ein Versuch ekklektizistischer Art, marxistische Ergebnisse auf lassalleanische Tradition aufzupfropfen – also als ein genaues Spie-

gelbild des geistigen Wesens der Sozialdemokratie um die Jahrhundertwende.

In dem Maße nun, in dem sich in Preußen-Deutschland unter den besonderen organisatorischen und technischen Bedingungen seines nach 1871 aufstrebenden Kapitalismus der bekannte entscheidende Umschwung in seiner staatlichen Wirtschaftspolitik anbahnte[54], der so wenig liberal war, daß auch Bismarck erklärte: der Staatssozialismus paukt sich durch, in dem gleichen Maße verstanden sich auch die aus dem Proletariat entstandenen Verbände und Parteien trotz ihrer grundsätzlichen Vorbehalte immer mehr dazu, „an der staatlichen und kommunalen Politik praktisch mitzuwirken".[55] Diese Praxis wurde immer maßgebender und die prinzipielle Verwahrung auf den Parteitagen immer feierlicher und wirkungsloser. Im Prinzip wußte man natürlich auch, daß eine Vermehrung des Staatseigentums nur auf eine Erweiterung des Gemeineigentums der Bourgeoisklasse, also des Kapitals, hinauslief, doch nahmen die Verstaatlichungsvorschläge der Partei ständig zu. (1895 zahlreiche Vorschläge im Rahmen des Entwurfes eines Agrarprogramms; später auf dem Gebiete des Verkehrs- und Versicherungswesens; der Parteitag zu Mainz sprach sich 1900 für die Übernahme der Bahnen durch das Reich aus; 1910 forderte die Sozialdemokratie volle Verstaatlichung des Kali-Syndikats.) Selbst Bebel erklärte, es liege im Zuge der Zeit, „den Einfluß des Reiches zu stärken", als es sich um die Verstaatlichung der Eisenbahnen handelte; und bei der Beratung des Kaligesetzes verlangte Hué, daß das Reich die Ausnützung der Bodenschätze übernehme, wobei er schon den Staat als „die Repräsentanz der Gemeinschaft" definierte! So hatte die Sozialdemokratie bereits lange vor dem I. Weltkrieg immer mehr Kurs auf den Etatismus genommen. Nur wenige Marxisten sahen die mit diesen Verstaatlichungstendenzen auftauchenden Gefahren für das eigentliche sozialdemokratische Programm: daß die Verstaatlichung gerade für das Unternehmertum die „Potenzierung der bestehenden Kapitalsgewalt" und Monopolmacht bedeutete, und daß sie imstande war, das Wirkungsgebiet der Arbeiterbewegung einzuschränken.[56]

Die Mehrheit der Partei aber begrüßte diese Entwicklung als – „Staatssozialismus" !

Immer mehr verbreitete sich in den Kreisen der sozialdemokratischen „Praktiker" (Abgeordnete, Parteiangestellte, Parteijournalisten usw.) die gleiche Überzeugung, welche Dr. Bachem 1893 in den Reichstagsdebatten um den „Zukunftsstaat" vertreten hatte: „Ich habe schon zugegeben, daß ich es für möglich halte, daß unsere Entwicklung in Deutschland einen gewissen sozialistischen Charakter haben werde. Die bisherige Entwicklung im Deutschen Reich seit den lezten zehn Jahren hat ja unverkennbar, wenn man das Wort richtig versteht, in einem gewissen Sinne und in einem gewissen Umfange eine sozialistische Richtung."

Und indem er auf die Arbeitergesetzgebung (Kranken-, Unfall-, Alters- und Invaliditätsversicherung, Arbeitsschutz, Steuererleichterungen etc.) verwies, verkündete Bachem: „Von einer derartigen sozialistischen Entwicklung werden wir uns nicht abbringen lassen ... Das ist der ganze Unterschied zwischen uns und Ihnen: *wir* sind redliche, aber *praktische Sozialisten,* Sie sind revolutionäre, aber darum unfruchtbare Sozialisten."[57]

Es dauerte nicht lange, und „praktische Sozialdemokraten" wiederholten die gleichen Worte und Argumente gegenüber ihren revolutionären Parteigenossen.

Der objektiven Entwicklung der Ausbreitung des Etatismus in der Sozialökonomik entsprach also auf der subjektiven Seite, in der Wandlung des sozialdemokratischen Bewußtseins, ein Wiederaufleben der staatssozialistischen Ideologie. Hatte nicht sogar Bebel in der „Zukunftsstaat"-Debatte 1893 erklärt, daß auch die Sozialdemokratie „in gewissem Sinne für die Expropriation durch den Staat" sei, „weil wir diese Staatsbetriebe in sozialistische mit Leichtigkeit umwandeln können, *sogar mit Herrn von Boetticher als Staatssekretär des Innern an der Spitze"?*[58] (Herr von Boetticher war der Verfasser des zweiten der beiden sozialpolitischen Erlasse des Kaisers vom 4. Februar 1890, den gegenzuzeichnen Bismarck sich geweigert hatte.) Wenn schon Bebel dies für möglich hielt, was sollte man dann erst von den „prak-

tischen" Sozialdemokraten und Gewerkschaftlern erwarten? So warf der „Kaisersozialismus" schon lange vor dem Ausbruch des I. Weltkrieges seine Schatten voraus.

Einsichtige wurden aufmerksam und warnten, so z. B. William English Walling in seinem Buche „Socialism as it is" (New York 1913), in dem er prophezeite, daß die herrschenden Klassen selber darauf kommen würden, der sozialen Revolution des Proletariats dadurch vorzubeugen, daß sie den *Privatkapitalismus durch den „Staatssozialismus"* ablösen, unter dem wohl alle wichtigen Industrien verstaatlicht sein könnten, die Ausbeutung der Arbeiter aber nicht abgeschafft werde. Er hat sogar auf die Gefahr aufmerksam gemacht, daß die Sozialdemokratie eine solche staatssozialistische Periode als eine unvermeidliche Vorstufe des Sozialismus ansehen könnte.[59]

Eine wichtige und weit vorausschauende theoretische Konzeption entwickelte vor allen anderen Arturo Labriola in Italien; seine Prognose wurde am 15. Januar 1908 in den „Pagine libere" veröffentlicht und bald darauf von Oda Olberg in der „Neuen Zeit" referiert. Labriola ging von den verschiedenen Formen der proletarischen Aktion aus: die eine müsse auf Verbesserung und Anpassung der Lage der Arbeiter innerhalb des Kapitalismus und an dessen Entwicklung gerichtet sein; die andere den Umsturz der kapitalistischen Ordnung bezwecken. Die erste Form sei mit der bestehenden Ordnung vereinbar, als bloße Reformbewegung, und bewege sich notwendig auf politischem Gebiet, anerkenne und setze den *Staat* voraus: ihr Organ sei folglich die Partei. Die andere Form dagegen können sich nicht auf die Partei, sondern müsse sich auf eine reine *Klassenorganisation* stützen; als solche betrachtete Labriola damals die *Gewerkschaften,* die ihrem immanenten Zweck nach revolutionär seien. Inzwischen habe sich aber die sozialdemokratische Arbeiterbewegung in ihrer Praxis von diesen Grundsätzen entfernt: die ökonomische Aktion der Arbeiter sei der politischen ebenso untergeordnet worden wie die Gewerkschaften der Partei. Dies konnte nur infolge einer auch von Marx nicht vorhergesehenen Entwicklung des modernen Staates, der nicht nur seine politische, sondern auch seine ökonomische Macht unheimlich verstärkte, geschehen. Der Staat gewann dadurch für das Proletariat den Anschein einer über den Klassen stehenden Instanz, und er erschien keineswegs mehr als ein Staat der Junker oder der Unternehmer. Vor allem in

Staaten mit demokratischen Verfassungen konnte der Staat als Beschützer der Arbeiterinteressen auftreten. Indem sich die *Revisionisten und Reformisten* an diesen Schein hielten, setzten sie sich allmählich in den sozialdemokratischen Parteien durch und traten überall *für eine Ausdehnung der Staatsmacht* ein. Sie verkannten aber nur die kapitalistische Wesenheit auch des modernen Staates, des *wirklichen* Gesamtkapitalisten. An die Stelle der *sozialen* Revolution trat die langsame *Durchdringung des Staates* durch die Vertreter der Arbeiterorganisationen. Aber der Interessengegensatz zwischen Lohnarbeit und Kapital werde nicht dadurch aufgehoben, daß das letztere dem Arbeiter als Staatskapital gegenübertrete. Dieser Klassengegensatz verlagere sich nur allmählich vom Privatkapitalismus auf den Staatskapitalismus. „*So wird sich in der Folge der Gegensatz Lohnarbeiter : Kapitalist in den Gegensatz Lohnarbeiter: Staat verwandeln*".[60]

Implizit besagte diese theoretische Prognose, daß der aufkommenden Omnipotenz des Staates nicht mit den bisherigen *Arbeiterparteien,* sondern nur mit einer umfassenden proletarischen *Klassenorganisation* zu widerstehen sei.

Die Sozialdemokratie folgte nicht diesen und anderen Theoretikern, die eine Epoche einer nie dagewesen Staatstyrannei heraufziehen sahen, sondern die Führungsschicht, die in ihr maßgebend geworden war, lauschte ganz anderen Hinweisen, die auf sie wie Sirenenklänge wirken mußten. „Im Großbetrieb und in den Interessenvertretungen, in den Vereinen der organisierten Arbeiter, sogar im Staate selbst bildet sich *dieser neue Typ der Organisatoren* mit weitem gesellschaftlichem Blickfeld und mit disziplinierter Tatkraft. *Offiziere und Unteroffiziere der Arbeitsarmee,* deren Kunst es ist, daß sie befehlen und anordnen können und sich in eine Organisation einzupassen verstehen."

Und auf dieser Schicht, meinte unser Autor, beruhe nicht nur unsere soziale Zukunft, sondern auch der Aufbau des Sozialismus, eines „Sozialismus" *dieser* „sozialen Funktionäre" allerdings, den er ebenso gut auch als „Sozialismus der Organisatoren" hätte bezeichnen können.[61] Wenige Jahre später nur wird Professor Plenge seinen „Sozialismus" schlicht als „Organisation" bestimmen.

Die „Organisatoren" innerhalb der proletarischen Organisationen begannen sich jedenfalls als Träger eines „modernen Sozialismus" zu

fühlen, der eher mit dem System Lassalles als mit den Grundsätzen von Marx vereinbar war.

Man kann nicht einmal sagen, daß Plenge diese aufstrebenden „Neuen Herren" idealisiert hätte: er sagte 1911 von dieser Gruppe, daß sie sich selbst nicht einmal begriffen und ihre Aufgaben keineswegs erfaßt hätte; sie sei vorwiegend vom Gedanken einer bloßen Interessenpolitik geleitet. Und er schildert das Bild dieser neuen Beamtenschicht folgendermaßen: „Schwankend zwischen den Herrengewohnheiten des kapitalistischen Unternehmers und dem Klassenbewußtsein eines auf den Löhnerstandpunkt herabgedrückten geistigen Proletariats, *sehr viel Unteroffizierston im Sinne eines ungeschlachten Militarismus* und die ständige Gefahr, in die selbstgenügsame Schwerfälligkeit der autoritativen Bürokratie zu verfallen."[62]

Steigt bei diesen Worten nicht die Gestalt Noskes vor unserem geistigen Auge auf, der damals schon seit mehreren Jahren die deutsche Heeres- und Kolonialpolitik unterstützt hatte?

Nichts offenbarte jenseits aller sozialistischen Sonntagspredigten und marxistischen Feierstunden den wahren Geist der sozialdemokratischen Partei so deutlich wie der Wandel ihrer Einstellung zur Budget- und Steuerpolitik. Während die Partei bisher durch die Budgetverweigerung ihre grundsätzliche Opposition gegenüber Staat und Gesellschaft ausgedrückt hatte, begann die sozialdemokratische Fraktion des badischen Landtages damit, ein Budget zu bewilligen. Auf dem Lübecker Parteitag (1901) wurde dies noch von Emanuel Wurm und August Bebel gerügt, von dem späteren Kriegsideologen Anton Fendrich jedoch verteidigt, wobei er von Wilhelm Blos unterstützt wurde. Bezeichnend hierbei war, daß Fendrich behaupten konnte, es liege hier keine „Mauserung" vor, da die badische Fraktion schon seit 1891 so verfahre. Das Ergebnis der Auseinandersetzung war typisch: *prinzipiell* hielt man an der Budgetverweigerung fest, ließ aber *Ausnahmen* „aus zwingenden, in besonderen Verhältnissen liegenden Gründen" zu.[63]

Die neue Auffassung über die Steuer wurde anläßlich der Auseinandersetzungen über die Erbschaftssteuer am klarsten von Eduard Bernstein formuliert; im Interesse einer „positiven Politik" verwarf er die bisher geübte schematische Entscheidung nach dem Verwendungszweck: „Bei den Abstimmungen über die Steuer aber muß die Stel-

lung zum System der Steuer und ihre Verteilung entscheiden und nichts anderes. Denn wenn man in diese Frage die Frage der Verwendung hineinwirft, dann öffnet man der Fälschung und der Entkräftung der eigenen Aktion Tür und Tor."[64]

Unnötig zu sagen, daß diese Haltung vom Bürgertum anerkannt wurde: jetzt erst entwickele sich die SPD von der Sekte zur Partei.

Welche Folgen hatte die von Bebel eingebrachte und vom 1910 vom Lübecker Parteitag angenommene Resolution zur Frage der Budgetbewilligung? Nach dem Rücktritt Bülows wurde von Maurenbrecher das Heraustreten der SPD aus der parteipolitischen Isolation gefordert, und die Chancen einer Koalition mit dieser oder jener bürgerlichen Partei ernsthaft erwogen, was auch Bernstein schon im Zusammenhang mit der Frage der Abstimmungen bei Steuern berücksichtigt hatte. Maurenbrecher argumentierte folgendermaßen: das Schicksal sowohl Caprivis wie Bülows habe bewiesen, daß man eine Modernisierung des kaiserlichen Staates nicht durch eine „Revolution von oben" erreichen könne, die Demokratisierung müsse also durch eine Mehrheit der Linken verwirklicht werden. Es sei aber eine utopistische Hoffnung, darauf zu rechnen, daß die SPD in absehbarer Zeit die absolute Mehrheit erhalten würde. Infolgedessen müsse die Partei in bestimmten Fragen eine „Blockpolitik" mit anderen Parteien betreiben.[65]

Damals wurde auch von Friedrich Naumann der Gedanke eines Blockes „von Bassermann bis Bebel" vertreten, und der ehemalige „Nationalsoziale" Maurenbrecher hatte offensichtlich die geistigen Brücken zu seiner früheren Partei noch nicht abgebrochen. Naumanns Idee wurde für das Reich zwar abgelehnt, aber in – Baden verwirklicht: hier stimmte in Konsequenz einer solchen Großblockpolitik die sozialdemokratische Landtagsfraktion 1910 wieder für das Budget, und zwar unter Führung jenes Ludwig Frank, der 1914 als Kriegsfreiwilliger einrückte und einer der ersten Gefallenen der Partei im I. Weltkriege war. Auch andere süddeutsche Revisionisten und Reformisten traten publizistisch für diese ersten Formen der späteren sozialdemokratischen Koalitionspolitik ein, z. B. Kolb, Leuthner und Quessel.[66]

Als dann die kaiserliche Regierung 1913 ihre für damalige Verhältnisse unerhörten Milliardenforderungen im Rahmen einer Wehrvorlage vorlegte, wurde sie zwar von der SPD zum Ausdruck ihrer „unbe-

dingten Bekämpfung des Militarismus" abgelehnt, aber sie betonte gleichzeitig unter dem Eindruck der weltpolitischen Vorgänge die Notwendigkeit der Wehrhaftigkeit des Volkes. Doch in der Frage der Deckung dieser gewaltigen Wehrausgaben vertrat die Sozialdemokratie den Gedanken des *Wehrbeitrages* und nahm sogar für das ihm zugrundeliegende Prinzip die Priorität in Anspruch: hatte doch David 1912 die Ansicht vertreten, wenn nach Posadowsky die Heeresausgaben eine Versicherungsprämie für den Frieden seien, dann müßten diejenigen, die am meisten zu versichern hätten, auch am meisten dazu beitragen, und zwar in der Form einer „Nationalsteuer" auf die großen Vermögen und Einkommen. Mit einem solchen „Wehrbeitrag" erklärten Südekum und Emmel sich 1913 „grundsätzlich einverstanden"[67] und in der entsprechenden Budgetkommission erreichten die Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion: David, Emmel, Frank, Haase, Lensch, Noske, Südekum und Wurm, tatsächlich eine progressive Gestaltung der Steuersätze für den einmaligen Wehrbeitrag.

Bei den entscheidenden Abstimmungen in der dritten Lesung setzte sich schließlich die revisionistische Auffassung durch, *indem die SPD für den außerordentlichen Wehrbeitrag und die Besitzsteuer stimmte!*

Wir haben nur einige Stationen des Leidensweges der Bebel-Resolution vom Lübecker Parteitag (1901) und das Ende derselben verzeichnet (Calmann nennt noch: Abstimmung der sozialdemokratischen Fraktion des Württembergischen Landtages für das Budget 1907, entsprechende Abstimmungen der bayerischen und badischen Sozialdemokraten 1908), für das Calmann unter Berufung auf Friedrich Lenz folgende Formulierung findet: „Wir sahen, sowie der deutsche Staat sich der Sozialdemokratie näherte, wird diese differenziert und angeglichen."[68]

Die Wehrvorlage von 1913 war faktisch die militärpolitische Vorbereitung auf das nächste Jahr, also *auf den Ausbruch des 1. Weltkrieges.* Mit diesem Ereignis wurde die Sozialdemokratie nur gezwungen, den längst eingeschlagenen Weg weiterzugehen.

Konnten schon bis dahin diejenigen Sozialdemokraten, deren Denken mehr durch die ewigen Kategorien Lassalles als durch die historischen Kategorien Marx' bestimmt wurde, im Hinblick auf die etatistische und sozialpolitische Entwicklung im deutschen Kaiserreich

ausrufen: „Sozialismus, wohin wir blicken!" – so gab ihnen dazu der Ausbruch des I. Weltkrieges mit seiner „Kriegswirtschaft", die durch einen bis dahin unbekannten Umfang staatlicher Eingriffe in die verschiedensten Gebiete der Volkswirtschaft gekennzeichnet war, erst recht Anlaß zu einem solchen Glauben. Mehr als in den anderen kriegführenden Staaten wurde in Deutschland fast die gesamte Wirtschaft von staatlicher Leitung getragen und beherrscht, um sie dem modernen Materialkrieg dienstbar zu machen. Und mit den mehrheitssozialdemokratischen Ideologen wetteiferten nun auch bürgerliche Propagandisten, um dem deutschen Volke den Anbruch eines neuen „sozialistischen" Wirtschaftssystems einzureden.[69]

In der Sozialdemokratie trat jetzt eine Richtung hervor, vertreten durch David, Hänisch, Lensch, Renner, Winnig u.a.m., welche von Karl Diehl als „Neu-Marxismus" bezeichnet wird, obwohl er bereits auf der nächsten Seite berichtet, sie hätte den Ideen von Hegel, Fichte und Lassalle „neue Geltung und Anerkennung auch innerhalb der Sozialdemokratie verschaffen" wollen.[70] Zweifellos wäre es demnach richtiger, von einem *„Neu-Lassalleanismus"* zu sprechen.

Diese neue geistige Bewegung, deren Organ vor allem „Die Glokke" von Parvus wurde, lieferte sozusagen den Überbau zum Unterbau des ökonomischen Abwehrsystems der kaiserlichen Regierung gegen die „Kriegsnot", und es war Paul Lensch, der in einem Artikel der sozialdemokratischen „Frankfurter Volksstimme" dieses kriegswirtschaftliche System erstmalig *„Kriegssozialismus"* nannte. Zweifellos gibt es zwischen diesem Kriegssozialismus und dem Marxismus gar keine, wohl aber zahlreiche Berührungspunkte mit dem sozialdemokratischen Lassalleanertum. Und welche Züge der Kriegswirtschaft waren es, welche die Hoffnungen auf den sich „durchpaukenden" Staatssozialismus verstärkten?

Es ist kein anderer als ... Eugen Varga, der sie Ende 1914/Anfang 1915 deutlich bezeichnet hat: für ihn ist einer der wichtigsten Grundzüge der Kriegswirtschaft „die überwiegende Bedeutung des *Staates* in allen Teilen der Volkswirtschaft", die fast ganz in seinen Dienst gestellt worden ist. Die meisten Industrieprodukte werden für den Staat hergestellt, er ist es, der die meisten davon kauft. Der Staat ist es, der im Interesse der Kriegsführung die Ausfuhr der verschiedenartigsten Produkte untersagt. Das ganze Transportwesen wird vom Staate un-

ter Hintansetzung volkswirtschaftlicher Interessen in den Dienst des Krieges gestellt. Der Staat bestimmt Verbrauch und Verzehr des einzelnen Staatsbürgers. Er greift in die Lohnverhältnisse ein, indem er den auszuzahlenden Arbeitslohn vorschreibt; der Staat bestimmt weitgehend die Geldverhältnisse durch Verordnungen über Zahlungsaufschübe, Hintanhaltung der Konkurse usw. In solcher und vielfältiger anderer Weise stellt der Staat die Privatwirtschaft in seinen Dienst, und die Bedeutung des *Staates* als wirtschaftlicher Faktor wächst in der Kriegswirtschaft derart „ins Ungeheure", schreibt Varga wörtlich, *„daß die Kriegswirtschaft viele Züge der sozialisierten Wirtschaft aufweist"*. „Die ordnende Gewalt des kriegführenden *Staates"* also ist es, welche jedes Wirtschaftsgebiet mehr oder weniger verändert. „Sozialistisch ist in der Kriegswirtschaft hauptsächlich jene Tätigkeit des Staates, welche *die Allgemeinheit gegen die Profitwut der Kapitalisten beschützt."*

Nach Varga handelt damit der kriegführende Staat ausgesprochen antikapitalistisch, wenn auch im Gesamtinteresse der herrschenden Klassen, da ja allgemein das Profitstreben als das hervorragendste Merkmal des Kapitalismus gilt. Doch wendet er sich gegen Heinrich Cunow, der in der Kraft der deutschen Kriegswirtschaft eine überraschende Stärke und Elastizität des deutschen kapitalistischen Wirtschaftssystems sah. Vielmehr verdanke Deutschland diese Energie dem *Gegenteil des Kapitalismus,* nämlich „dem ins Ungeheure angewachsenen ordnenden Einfluß des *Staates"*. Dies sei eben der „antikapitalistische Zug der Kriegswirtschaft".

Hier werden also deutlich Anti-Kapitalismus und Etatismus identifiziert. Trotzdem blieb die kapitalistische Wirtschaftsweise aufrechterhalten, doch dies verdankt sie nicht mehr ihrer eigenen inneren Kraft, sondern dem ausgiebigen Schutze, „den der Staat ihr angedeihen ließ". So kann der Kapitalismus in der Kriegswirtschaft gerade „nur durch *die seinem Wesen absolut widersprechende staatliche Organisation der Wirtschaft* bestehen". Wie man sieht, hatte Varga offensichtlich vergessen, was Engels einmal über die Verwandlung des „ideellen" in den „reellen Gesamtkapitalismus" und über die *bürgerliche* Gleichsetzung von Staat und Sozialismus geschrieben hatte. Varga geht noch weiter und schreibt: „In der Kriegswirtschaft hört die Anarchie der Produktion zum erheblichen Teile auf; *die staatliche Regelung* ergreift fast

das ganze Gebiet der Volkswirtschaft und *unterscheidet sich von der sozialistischen Regelung hauptsächlich durch die Zielsetzung.*"

Wir wollen uns hier über die undialektische Trennung von Mittel und Zweck, Methode und Ziel nicht äußern; Varga stellt jedenfalls die verschiedenen Zielsetzungen folgendermaßen gegenüber: hier kriegerischer Erfolg, dort Entwicklung der Produktivkräfte; Erhaltung des Kapitalismus einerseits, das allgemeine Wohl aller Mitbürger andererseits. Diese letzte Konfrontation widerspricht allerdings einer früheren seltsamen Feststellung Vargas; im Hinblick auf die staatliche Überwachung der von den Heereslieferanten gezahlten Arbeitslöhne schreibt er nämlich: *„Der Krieg hat eben den unersetzbaren Wert des Menschen* (vom Autor durch Sperrdruck hervorgehoben! W. H.) *für den Staat ins hellste Licht gerückt,* und die Kriegswirtschaft zeichnet sich durch erhöhte sozialpolitische Tätigkeit des Staates und der Gemeinden aus."[71] Was soll man davon halten, daß der unersetzbare Wert des Menschen einem Staate aufgegangen sein soll, der neben dem Hauptschuldigen Österreich an einem Kriege mitschuldig ist, in dem das deutsche Volk rund zwei Millionen Gefallene verlor, von denen 60% aus den produktivsten Altersklassen (19 bis 29) stammten?[72]

Drei Jahre später veröffentlichte der Neu-Lassalleaner Karl Renner ein Buch, in dem er bekannte, durch den Krieg zu einer neuen Auffassung des Sozialismus gekommen zu sein und dem Marxismus vorwarf, er habe zwischen der liberalen und der sozialistischen Gesellschaft die unvermeidlichen Zwischenstufen einer „Durchstaatlichung der Ökonomie", einer durch den Staat bewirkten Organisation der Wirtschaft, übersehen. Darunter verstand er eine politische Durchdringung der Privatwirtschaft „selbst bis in ihr Zellgewebe durch die Staatlichkeit, also nicht ... Verstaatlichung einiger Betriebe, sondern ... die Durchsetzung der gesamten Privatwirtschaft durch deren gewollte und bewußte Bestimmung und Leitung, also gerade durch das, was Karl Marx' System logisch und praktisch ausgeschlossen hat."[73]

Renner bekannte sich zu Lassalle, Varga zu Lenin – wenn sich aber beide für die Durchstaatlichung der Ökonomie als eines antikapitalistischen bzw. sozialistischen Prinzips einsetzten, wo liegt dann der Unterschied zwischen dem lassalleanischen und dem leninistischen Revisionismus? Varga selbst hat darauf wenige Jahre nach dem Erscheinen des Buches von Renner die Antwort gegeben, Renner sehe

wie Lenin „das Grundproblem der sozialistischen Umgestaltung in der *Organisation. In dieser Charakterisierung der Aufgabe der proletarischen Revolution trifft Lenin vollkommen mit den Ansichten des auf dem äußersten rechten Flügel der Marxisten (!) stehenden Karl Renner zusammen.* Nur sieht er (Renner) bereits in der kapitalistischen Gesellschaft die Grundformen des sozialistischen Gemeineigentums vorgebildet, welche Keime nur einfach weiter zu entwickeln wären, während die Kommunisten eine grundlegende Änderung im Aufbau der Staatsgewalt zur Einrichtung der sozialistischen Organisation für unumgänglich notwendig halten."[74]

Die Neu-Lassalleaner (Reformisten und Revisionisten) unterscheiden sich demnach von den Bolschewiki nur dadurch, daß sie eine andere Vorstellung über den *Staat* haben, der den Sozialismus organisieren soll: sie glaubten, daß sowohl der kaiserlich-konstitutionelle wie der demokratisch-parlamentarische Staat dazu imstande wäre, während die Leninisten ihren Einparteienstaat, die Diktatur ihrer Partei dafür für nötig halten. *Für beide ist also die staatliche Organisationsform wesentlich und nicht die gesellschaftliche,* die für beide lediglich *Objekt* des staatlichen Subjekts ist. So erklärt es sich auch, daß sowohl Trotzki wie Lenin und andere Bolschewiki gebannt auf das Vorbild des deutschen „Kriegssozialismus" starrten und nichts sehnlicher wünschten, als ihn unter der Hegemonie ihrer Partei auf Rußland zu übertragen. Mitte April 1917 schrieb Lenin z. B., daß die – selbstverständlich von der bolschewistischen Partei geleiteten – Räte „besser, praktischer, richtiger entscheiden, welche *Schritte* man zum Sozialismus tun kann und wie man sie tun kann. Die Kontrolle der Banken, die Verschmelzung aller Banken zu einer einzigen (Staatsbank, W. H.) das ist *noch* kein Sozialismus, aber ein *Schritt* zum Sozialismus. *Solche Schritte tut heute der Junker und der Bourgeois in Deutschland gegen das Volk.* Viel besser wird sie morgen für das Volk der Arbeiter- und Soldatendeputiertenrat tun können, wenn die ganze Staatsmacht in seinen Händen liegen wird." Auch Lenin erblickte also in den kriegswirtschaftlichen Maßnahmen Deutschlands „Schritte zum Sozialismus"![75]

Lenin, Varga und Renner waren immerhin Sozialdemokraten, das einte sie, so verschieden auch ihre staatssozialistischen Auffassungen sein mochten. Doch wurde Lenins Ansicht schon zwei Jahre früher fast mit den gleichen Worten von dem Gründer des „National-

sozialen Vereins" (1896), Friedrich Naumann, vertreten. Er meinte, die Kriegswirtschaft stelle „sicherlich nicht ganz das dar, was *Marx* einmal 'Diktatur des Proletariats'" genannt habe, es sei aber immerhin „ein Schritt zum Sozialismus unter Führung der Regierung"! Weiter erklärte er:

„Der Staatssozialismus hat über Nacht Riesenschritte vorwärts getan ... Die Regelung der Produktion ist auf dem Marsch. Was vor 40 Jahren (also 1875, zur Zeit des Einigungsparteitages der Lassalleaner und Marxisten in Gotha, W. H.) als weltferne Ideologie von sozialistischen und staatssozialistischen Träumern erschien, tritt mit fabelhafter Sicherheit als inzwischen fertig gewordene Wirklichkeitsform auf. Deutschland ist nicht nur auf dem Wege zum Industriestaat, sondern zum *Organisationsstaat überhaupt.*"[76]

Wieder sehen wir: ein *Organisationsstaat* ist ein *sozialistischer* Staat. So ähnlich hatte uns vorhin auch Varga erklärt, daß die staatliche Organisation der Wirtschaft dem Wesen des Kapitalismus widerspreche. Demnach wäre ja *„Organisation = Sozialismus"?* (Und die „Organisatoren" = „praktische Sozialisten"!) Diese knappe Definition wurde tatsächlich zu Anfang des Jahres 1915, also vor Friedrich Naumann, von dem Professor in Münster/Westfalen, Johann Plenge, aufgestellt. Plenge, der als einer der ersten die Offiziere und Unteroffiziere der Arbeitsarmee als den „neuen Typ" der „sozialen Funktionäre" und „Organisatoren" erkannt hatte, ist zweifellos der hervorragendste Ideologe des „Kriegssozialismus" geworden. (Dessen Weiterentwicklung und Wiederaufleben in einer noch konsequenteren und „totaleren" Form als „Nationalsozialismus" wurde zwar von Plenge abgelehnt, aber sowohl die Dinge wie die Gedanken haben oft ihre eigene Logik, auch da, wo ihre Schöpfer sie wegen ihrer Konsequenzen nicht wahr haben wollen.)

Lassen wir ihn selber sprechen: *„Wir sind durch den Krieg mehr wie bisher eine sozialistische Gesellschaft geworden.* Aber *Sozialismus* ist als gesellschaftliche *Organisation* nur die vollbewußte Gestaltung der Gesellschaft zur höchsten Kraft und Gesundheit; Sozialismus ist als Gesinnung nur die Befreiung des Einzelnen zur bewußten Einordnung in das begriffene Lebensganze von Staat und Gesellschaft. Mehr ist Sozialismus nicht: weder schlechthin Verstaatlichung noch schlechthin Verbeamtung."[77]

Trotzdem behauptete Plenge im Anklang an Fichte, „der geschlossene Handelsstaat" der Kriegszeit sei „die Grundlage für einen kommenden deutschen 'Zukunftsstaat'" geworden, und meinte ausdrücklich: „Ich glaube, daß sich so manche deutsche Arbeiter, deren Gewerkschaften mit so kluger Überlegung und so starkem Einfluß an der Erhaltung unseres Wirtschaftslebens mitarbeiten, ruhig gestehen werden: *anders wie dieser neue deutsche Gemeinstaat kann auch der geträumte Zukunftsstaat nicht aussehen.*"

Bekanntlich wollten die Marxisten noch 1893 gar keinen „Zukunftsstaat" haben; jetzt empfahl ein dem mehrheitssozialdemokratischen Flügel der SPD sehr nahestehender Denker die Kriegswirtschaft als den verwirklichten lassalleanischen Zukunftsstaat!

Wie sah aber jener Mann die Kriegswirtschaft an, der sie von Anfang an *organisiert* hat, der Schöpfer der „Kriegs-Rohstoff-Organisation", Walther Rathenau? Er hielt am 20. Dezember 1915 in der „Deutschen Gesellschaft 1914" einen Vortrag über seine Tätigkeit in der wirtschaftlichen Kriegführung, der mit Genehmigung des preußischen Kriegsministeriums veröffentlicht worden ist. Hier führte er gleich zu Beginn aus, daß die deutsche Kriegswirtschaft nicht nur auf den Verlauf und Erfolg des Krieges von großem Einfluß sein werde, sondern es handele sich auch um „ein wirtschaftliches Geschehnis, *das eng an die Methoden des Sozialismus und Kommunismus streift,* und dennoch nicht in dem Sinne, wie radikale Theorien es vorausgesagt und gefordert haben."[78]

Rathenau bekannte hier offen, daß es Wichard von Moellendorff gewesen sei, der zuerst den Finger auf diese „ernste Wunde" der deutschen Wirtschaft – die Rohstoffknappheit – gelegt habe. Er bezeichnet es auch als die Aufgabe, die ihm, Moellendorff, Klingenberg u.a.m. gestellt war, „*das Riesengebiet der deutschen Wirtschaft ... dem Kriege dienstbar* zu machen", es einem einheitlichen Willen zu unterwerfen und seine titanischen Kräfte zur Abwehr zu wecken. Auch bei Rathenau erscheinen also die Methoden einer bloßen „Militarisierung unseres Wirtschaftslebens", wie sich der spätere USPD-Sozialminister Prof. Jaffé in der provisorischen Regierung Bayerns vom November 1918 ausdrückte,[79] als *sozialistische* bzw. kommunistische Methoden schon deshalb, weil sie *etatistischer* Art sind. Wichard von Moellendorff selbst hat 1916 die Kriegswirtschaft richtig als eine „im

stillen ersonnene und verwirklichte *Gemeinwirtschaft des Militärs"* definiert.[90] So kam also – um mit Moltke zu sprechen – „das gewaltige Triebrad in der Staatsmaschine", nämlich das Militär, zu der Ehre, an der Spitze der Entwicklung zum Sozialismus zu stehen!

Selbstverständlich handelt es sich hier nur um die letzte Konsequenz der etatistischen Ideologie, nur darf man nicht annehmen, daß das Militär selbst von dieser frei gewesen sei und sie nur als Kriegspropaganda geduldet hätte – mit dem üblichen Lächeln der Auguren, die an ihren eigenen Zukunftsschwindel nicht glauben. Gerade die jüngere Generation der hohen Generalstabsoffiziere, von Seeckt bis Schleicher, war ehrlich davon überzeugt, daß die Zukunft dem Staatssozialismus gehörte, wobei allerdings der Staat mehr oder weniger diktatorisch-militärisch regieren müsse. Ein klares Zeugnis für diese Einstellung finden wir gerade bei von Seeckt, und zwar in einer ganz privaten, keineswegs für die Öffentlichkeit bestimmten Äußerung, nämlich in einem Weihnachtsbriefe an seine Mutter, den er ihr alljährlich schrieb (hier handelt es sich um den vom 25. Dezember 1915):

„Zwei Dinge sind meines Erachtens ganz *unausbleiblich: ein starkes Anwachsen* der Staatsidee und damit *der Macht des Staates, also verstärkter Staatssozialismus,* nachdem das Volk zur Armee wurde... Unser Existenzkampf ist noch lange nicht zu Ende, auch nicht, wenn es in absehbarer Zeit zu einem sogenannten Frieden kommt, von dem sich niemand ein rechtes Bild machen kann. Es gilt also stark und gerüstet sein, bleiben und werden. In einer Konferenz kurz vor dem Kriege fiel vor dem erschütterten Reichskanzler, dem der Begriff des Belagerungszustandes klar gemacht wurde, das Wort: *Eine erleuchtete Militärdiktatur ist vielleicht überhaupt die beste Regierungsform ...* "[81]

Wenn solche Gedanken 1915 sogar an der militärischen Spitze vertreten wurden, dann darf man sich nicht wundern, wenn in der Propaganda und in der Publizistik der *Militarismus* zum *Begründer* der *Sozialpolitik* und zum *Vorkämpfer des Sozialismus* erhoben wurde. War es nicht schon 1828 der Generalleutnant von Horn gewesen, der darauf aufmerksam gemacht hatte, daß der erschreckende Umfang und die erbarmungswürdigen Umstände der Kinderarbeit von Jahr zu Jahr die Rekrutenaushebung mehr und mehr beeinträchtige? Und war es nicht zuletzt durch dieses Argument zum ersten sozialpolitischen Gesetz Preußens, Einschränkung und Verbot der Kinderarbeit,

wenn auch erst im April 1839, gekommen? Damit hatte doch das preußische Militär schon frühzeitig „den unersetzbaren Wert des Menschen für den Staat ins hellste Licht gerückt"! Und nach dieser Methode wurde dann im I. Weltkrieg z. B. von Wilhelm von Blume erklärt: „Der deutsche militaristische Staat war es, der den Gedanken der Arbeiterversicherung zur Tat machte."[82] Ja, Selbst Otto von Gierke schrieb: „Die gesamte Aktion zur Abwehr wirtschaftlicher Schäden ist vom sozialen Geiste erfüllt und muß, um ihr Ziel zu erreichen, vielfach geradezu staatssozialistische Züge annehmen."[83]

Am Ende erwartete man gar von der Armee, daß sie mit ihren speziellen Methoden der Militarisierung der Ökonomie und der Direktion großer Menschenmassen die Wirtschafts- und Gesellschaftsformen der Zukunft organisiere. Und es war ein nationalistischer Jude, dem der traurige Ruhm gebührt, in dieser Panegyrik des Militarismus als eines sozialen Organisators den Vogel abgeschossen zu haben. Man höre sich nur das folgende an: „Es gibt kein zweites Gebilde in unserer Zeit, das die große und schwere Aufgabe, aus einer Anzahl von Einzelmenschen einen neuen, geschlossenen und einheitlichen Organismus zu schaffen, so vollkommen gelöst hat wie die Armee... *Der Geist der modernen Wirtschaft ist nichts anderes als militaristischer Geist; diese Fabriken sind in der Tat Kasernen, diese Arbeiter in Wirklichkeit Soldaten.* Es ist die militaristische Form des Zusammenwirkens, die das Wesen unserer heutigen Wirtschaftsform geformt hat... *Nur der militaristische Geist kann ... die Lösung der sozialen Frage, oder was dasselbe ist, die Organisation des neuen Gesellschaftssystems, vollbringen."*

Sogar die Ideologisierung des militärischen Organisationsprinzips als eines „organischen" fehlt hier nicht: „Welcher Gedanke aber kommt in dieser höchsten Leistung des militärischen Geistes zur Verwirklichung, wenn nicht die Idee des Organismus?" Träger dieser Idee des Organismus war in Preußen-Deutschland stets der Staat: „Die Ausdehnung und Entfaltung der deutschen Wirtschaft ist ohne den Staat gar nicht denkbar.... *Stets war der Staat,* das Kollektivum, *ein Hauptfaktor des deutschen Wirtschaftslebens."*[84]

Stehen wir nicht mit dieser und den anderen Auffassungen des modernen Etatismus und Kriegssozialismus schon vor recht entwikkelten Keimformen des späteren „Nationalsozialismus"?

Die Ideen von 1914 und die Folgen

Die Identifizierung des Militarismus mit dem Staatssozialismus ist übrigens nicht erst im I. Weltkrieg aufgetreten, insofern war sie nicht einmal neu. Neu daran war nur, daß sie spätestens seit 1914 von der SPD akzeptiert wurde. Als etwa 1887 das Werk von Gustav Tuch erschien, für den – nach Karl Kautsky – der Militarismus „der einzig wahre *nationale* und zivilisierte *Sozialismus* war, gegenüber dem vaterlandslosen und barbarischen Sozialismus der Sozialdemokratie", da wurde dies von der letzteren noch energisch zurückgewiesen.[85]

Eine Generation zuvor hatte Tuch also schon den preußischen Militarismus für einen solchen Segen erklärt, daß man ihn bloß „total" durchzuführen brauche, um auch die soziale Frage zu lösen. Vorausgesetzt – so wandte Kautsky damals ein – man scheute sich nicht davor, Europa in ein System von Kasernen zu verwandeln!

Beim Ausbruch des I. Weltkrieges aber erfüllte sich auch an der deutschen Sozialdemokratie die Voraussage Eduard Bernsteins aus seinem Buch „Die Voraussetzungen des Sozialismus" von 1899, auf die man sich 1915 berief:„Im weiteren Verlaufe wird *das Nationale so* gut *sozialistisch* sein wie das Munizipale. Nennen sich doch schon heute *Sozialisten* demokratischer Staatswesen gern *Nationalisten."*[86]

So wurde die Mehrheitssozialdemokratie, welche sich mit dieser Begründung auf den Boden der Landesverteidigung und der Bewilligung der Kriegskredite, vor allem aber auf den des „Kriegssozialismus" stellte, vor *der Weltgeschichte die erste nationalsozialistische Partei!* Und es war kein Zufall, daß Anton Fendrich zu jenen gehörte, die diesen mehrheitssozialdemokratischen Nationalsozialismus begründeten:

„Um in der Zeit der schwersten Prüfung der Nation bestehen zu können, mußte *der Sozialismus national,* die Regierung der Nation aber auch sozialistisch empfinden und handeln lernen ... Eine der großen Schlagadern des neuen Volksorganismus aber wird der *Sozialismus* sein, den *in seinen Anfängen* ein deutsches Gewerkschaftsblatt mit Recht *jetzt schon in einer Reibe von staatlichen Maßnahmen während des Krieges* erblickt ... Als gewaltige Reformpartei wird die *Sozial-*

demokratie innerhalb des staatlichen Organismus in den nächsten Jahren *nationale Arbeiterpolitik* treiben."[87]

Am 15. April 1915 erschien das erste – und einzige! – Heft der Zeitschrift des Spartakusbundes „die Internationale", an der Spitze ein Aufsatz von Rosa Luxemburg, mit weiteren Beiträgen von Mehring, Thalheimer, Zetkin usw. In einem Bericht aus der preußischen Landtagsfraktion der SPD schreibt dort Heinrich Ströbel unter dem 17. *März 1915:*

„Daß die Geister sich scheiden, und *der neue Geist des nationalen Sozialismus* (man kann auch sagen *National-Sozialismus,* denn Pastor Naumann hat nie ein anderes Programm vertreten und Lensch hat den ehemaligen Nationalsozialen Rohrbach trefflich vulgarisiert) sich so unverhohlen bekundete, ist hocherfreulich. Denn nach der Rückkehr normaler Zeiten wird sich die Partei in der Tat gründlichst mit den Irrungen und Wirrungen auseinander zu setzen haben."[88]

Die letzten Konsequenzen aus den nationalsozialistischen Tendenzen innerhalb der Mehrheitssozialdemokratie hat u. a. August Winnig gezogen, der später tatsächlich zur NSDAP übertrat. Es war aber das regelmäßige Jahrbuch einer freien Gewerkschaft, nämlich des Deutschen Bauarbeiterverbandes für 1914, in dem er seine Gedanken veröffentlichen durfte. Der Vorstand des Deutschen Bauarbeiterverbandes identifizierte sich aber nicht nur mit diesen Gedanken, „auf die sich unsere Stellung (zum Kriege, W. H.) gründet", sondern er ließ sogar einen Sonderdruck davon herstellen, weil das Jahrbuch nur einen kleinen Personenkreis erreichte. August Winnig vertrat also im Frühjahr 1915 folgende Gedanken über den I. Weltkrieg: staatssozialistische Maßnahmen wie die Verstaatlichung großer Produktionszweige lägen nicht mehr im Bereiche des Unfaßbaren und Unmöglichen, seitdem der Staat im Kriege begonnen habe, Getreidevorräte zu beschlagnahmen, den Brotverbrauch zu regeln, ein Stickstoffmonopol zu schaffen usw. Die Kriegsnot habe eben die Staatsmänner zu Eingriffen gezwungen, „die in der Richtung der Sozialisierung des Wirtschaftslebens liegen." Ohne die Massen des Proletariats könne heute kein Krieg organisiert und gegen sie keine Politik mehr gemacht werden; sie mußten also durch ihre Organisationen an der Leitung und Verwaltung des öffentlichen Wesens teilnehmen: „Es ist das Verdienst der aufbauenden Kräfte der deutschen Arbeiterbewegung, die durch ihr wirtschaft-

liches und politisches Wirken jene *Elemente eines neuen Deutschtums schufen,* in denen die Masse heute *das* Stück deutscher Zukunft sieht, das ihr den Geist und die Kraft zum Durchhalten verleiht."

Damit waren die aus dem proletarischen Klassenkampf entstandenen Arbeiterorganisationen nicht nur zu Partnern des kaiserlichen Staates, sondern auch zu den wichtigsten Säulen der Kriegswirtschaft erklärt worden. Das bedeutet die Antizipation der späteren „Arbeitsfront" im „Dritten Reiche". Ferner erklärte Winnig, daß es nach außen keine „Zweiheit", d.h. keine Trennung zwischen Proletariat und Volk bzw. Staat geben könne: „Das Schicksal Deutschlands ist auch das Schicksal der deutschen Arbeiterklasse." In diesem Kriege habe es sich ja erwiesen, daß dort, „wo die nationale Selbständigkeit und die ökonomischen Lebensinteressen der Nation auf dem Spiele stehen, die *nationale Solidarität* der internationalen vorausgeht." Im Hinblick auf die ökonomischen Lebensinteressen der Nation geht Winnig bis zur Unterstützung der imperialistischen Politik: die Arbeiterschaft könne den Imperialismus weder einfach verneinen noch „bekämpfen", da er eine unaufhaltsame Entwicklungsstufe und die historische Voraussetzung des Sozialismus sei.

„Wir müssen durch die Oberstufe des Kapitalismus, eben den Imperialismus, ebenso zwangsmäßig hindurch, wie wir durch den Kapitalismus im ganzen hindurch müssen. ... In einem Kampfe gegen den Imperialismus mit dem Ziele, ihn unmöglich zu machen, ... in einem solchen Kampfe kann die Politik der Arbeiterklasse niemals bestehen... *Sie kann sich also nicht grundsätzlich der imperialistischen Entwicklung in den Weg stellen,* denn diese wird ... von starken, ja zwingenden volkswirtschaftlichen Bedürfnissen getragen."[89]

Es ist bekannt, daß in den ersten Monaten des Jahres 1933 durchaus die Möglichkeit einer neuen Spaltung der SPD bestand und daß Tendenzen beobachtet werden konnten, die kommunistischen und marxistischen Elemente der Partei abzustoßen, sich erneut als „Mehrheitssozialdemokratie" zu konstituieren und gemeinsam mit der „Harzburger Front" sich der NSDAP, „um Schlimmeres zu verhüten", zur Verfügung zu stellen. Damals erhielten Mitglieder des sozialdemokratischen Parteivorstandes noch von Göring die Reisemöglichkeit, um im Ausland den Veröffentlichungen der außerdeutschen Presse über die Nazi-Greuel entgegenzutreten, und dazu wurden sie nicht einmal ge-

zwungen. Es kann auch nicht geleugnet werden, daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion am 17. Mai 1933 für die nationalsozialistische Erklärung zur Außenpolitik gestimmt hat, anstatt sie als bloßes Propagandamanöver zu demaskieren. Wahrscheinlich wäre Paul Löbe der Führer dieser neuen Mehrheitssozialdemokratie geworden, wie Ebert derjenige der alten von 1914 bis 1921, jedenfalls schreibt Evelyn Anderson in ihrem 1945 in London erschienenen Buche:

„Ein Teil der Reichstagsfraktion der Partei, geführt von Paul Löbe, dem Präsidenten des Reichstages, machte Konzession auf Konzession an das neue Regime, in der vergeblichen Hoffnung, daß Hitler die Unterwerfung mit der Anerkennung eines Unterschiedes zwischen ‚guten' und ‚schlechten' Sozialdemokraten und der Tolerierung der ‚guten' belohnen würde."[90]

Es lag nicht an diesen „Mehrheitssozialdemokraten" von 1933, wenn sie nicht dazu kamen, die Rolle ihrer geschichtlichen Vorläufer zu rekapitulieren; die Konsequenz der Nazis machte einen dicken Strich durch ihre klugen, staatsmännischen Kalkulationen. Wenn die Nazis aber diese „guten" Sozialdemokraten tatsächlich „toleriert" hätten, so würden letztere 1939 Hitler ebenso in den II. Weltkrieg gefolgt sein, wie ihre Vorgänger dem Kaiser in den I. Weltkrieg. Sie hätten sich ja wie Winnig darauf berufen können, daß sie durch ihre Kriegsteilnahme die folgenden drohenden Gefahren von Deutschland absenden müßten:

„Im Westen der Rhein als die deutsch-französische Grenze, im *Osten Verlust der Provinzen Preußen, Posen und Schlesien an Rußland.* Das wäre die Vernichtung der deutschen Nation gewesen. Deutschland wäre als politische Macht ausgeschaltet und wirtschaftlich erdrosselt worden."[91]

Die Frage der „Kriegsschuld" und das Problem des „Aggressors" hätte man ja 1939 genau so wie 1914 mit dem Argument erledigen können, das man in den sozialdemokratischen Broschüren zu Beginn des I. Weltkrieges findet: die Kriegsschuldfrage könne immer erst *nach* dem Kriege untersucht werden; wenn das eigene Haus brenne, müsse man erst retten und löschen helfen, und könne dann erst den Brandstifter suchen.[92] Im Falle des Kriegsausbruches 1914 hatte allerdings die deutsche Sozialdemokratie schon kurz vorher den Brandstifter namhaft gemacht, indem sie den „Handstreich Österreichs gegen den

europäischen Frieden" angeprangert und der Parteivorstand am 25. Juli 1914 eine „frivole Kriegsprovokation der österreichisch-ungarischen Regierung" festgestellt hatte – also prinzipiell dasselbe, was später die Geschichtsforschung ergeben hat.[93]

Als der Krieg aber ausgebrochen war, vergaß der Parteivorstand seine eigenen Feststellungen über die am serbischen Konflikt Schuldigen, wiederholte bis zum Überdruß die Behauptungen der offiziellen Kriegspropaganda zur Schuldfrage und predigte die Landesverteidigung für die „gerechte Sache" Deutschlands. Immerhin forderte der Parteivorstand noch am 23. Juni 1915 einen „Frieden ohne Eroberungen", folgte also damals keineswegs der von Winnig vorgeschlagenen Unterstützung der imperialistischen Politik. Das änderte sich aber bald. 1916 stellte der Reichstagsabgeordnete Max Cohen (Reuß) fest: wenn der Reichskanzler „Sicherungen" fordere, „die uns in Gegenwart und Zukunft vor neuen Angriffen schützen sollten", dann befinde er sich in Übereinstimmung mit dem ganzen deutschen Volke. Damit wurden die „Annexionsbestrebungen" auch von mehrheitssozialdemokratischer Seite unterstützt, Eroberungsabsichten wurden nicht mehr grundsätzlich abgelehnt, nur aus einer Beurteilung der tatsächlichen Verhältnisse heraus könne man sich für oder gegen wirklich vorhandenen Eroberungsmöglichkeiten entscheiden, meinte Cohen-Reuß:

„Denn *auch die Eroberungen anderer Gebiete und die Aufsaugung fremder Völker kann unter Umständen ein wirtschaftlicher und geschichtlicher Fortschritt sein.* Durchaus unrichtig aber wäre es, Eroberungen aus sozialistischen Grundsätzen von vornherein abzulehnen."[94]

Mit diesen und anderen Bekenntnissen zur Annexionspolitik trat auch in der mehrheitssozialdemokratischen Kriegspropaganda ein Wandel ein: erst hatte man nur die „Landesverteidigung" von allem gegenüber dem „blutigen Zarismus" hervorgehoben; in dem Maße, in dem man „Sicherungen" guthieß und Eroberungen verteidigte, sah die Mehrheitssozialdemokratie ihren Hauptgegner nicht mehr in Rußland, sondern in England.

Wieder begegnen wir hierbei dem „deutschen Sozialdemokraten" Fendrich, der nicht nur Kriegsbücher „Gegen Frankreich und Albion" verfaßte, sondern auch „am Tage der Ernennung Hindenburgs zum Generalstabschef" (29. August 1916) eine Propagandabroschüre gegen England schrieb, das den „gierigen, roh zugreifenden Riesen Ruß-

land und das von Rachsucht und unbefriedigter Eitelkeit ganz irre gewordene Frankreich mit der kühlen Überlegenheit des Bändigers der ihm verbündeten Nationen führt, sie geistig beherrscht, finanziell hält, also der eigentliche und erste Feind ist." Auch Fendrich verlangt „greifbare Garantien" gegen „ähnliche Einkesselungen" Deutschlands in der Zukunft.[95]

Schon Winnig hatte sich 1915 auf Paul Lensch berufen und zugegeben, sich manchen seiner Schlüsse zu eigen gemacht zu haben[96]; und Lensch gehört auch zu den wenigen Auserwählten, die von einem späteren Vorläufer des Nationalsozialismus, Oswald Spengler, Ende 1919 zustimmend zitiert werden: mit den Syndikaten sei der deutsche Kapitalismus sozialistisch geworden.[97] Wie Plenge außerhalb der Sozialdemokratie, wenn auch mit ihr liiert, so ist Paul Lensch, innerhalb der MSPD der hervorragendste Ideologe des „Kriegssozialismus" geworden. Wir müssen uns deshalb mit ihm hier etwas gründlicher beschäftigen. Wir heben natürlich, „einseitig" wie bisher (weil das „Andere" oft genug gesagt und gedruckt, das von uns hier Hervorgehobene meistens verschwiegen und vergessen wurde!), nur jene Linien seiner Gedanken hervor, die den Nationalsozialismus vorwegnehmen.

Lensch hebt richtig hervor – richtig dann, wenn man sich an das nie abgestoßene oder überwundene Lassalleanertum in der Sozialdemokratie hält –, daß die Bewilligung der Kriegskredite keineswegs zur bisherigen Einstellung der Sozialdemokratie in Widerspruch stehe, wobei er sich auf eine Schrift seines Fraktionskollegen David beruft. Dabei hatte Lensch einst mit Rühle und Liebknecht zu den 14 Abgeordneten gehört, die am 3. August 1914 in einer Sitzung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion die Kriegskredite verweigern wollten! Er verweist auf die moderne Entwicklung in der Wirtschaft, die ja zur Bildung von Syndikaten und Kartellen geführt habe, aus dem Bestreben heraus, „durch *Organisation* den Markt monopolartig zu beherrschen." Das Prinzip der Organisation sei aber auch schon das Lebensprinzip des alten preußischen Staates gewesen, es habe sich dann nur später auch auf das gesamte deutsche Wirtschaftsleben ausgedehnt. Auch der Aufstieg der deutschen Arbeiterschaft habe sich im Zeichen des Organisationsprinzips vollzogen, und zwar schließlich „ohne die Blitze eines revolutionären Bürgerkrieges", aber „unter

dem Donner eines revolutionären Weltkrieges." Die Sozialdemokratie habe eingesehen, daß „die gleiche Ursache, die aus Preußen 'den Militärstaat' machte", „ihn auch zum 'Staat der Organisation' machte" Insofern sei das Zusammenfinden von Staat und Arbeiterorganisation unausbleiblich gewesen. Infolge dieses Prozesses und unter dem Druck des Krieges sei zuerst im deutschen Kaiserreich „eine neue Zeit und mit ihr ein neues soziales Ideal" heraufgezogen: *„die sozialisierte Gesellschaft. Ihr Degen aber ist Deutschland."* Es zwingt seine Revolution in den Gewittern des Weltkrieges den Europäern genau so auf, wie einst die große Französische Revolution. Die Mehrheitssozialdemokratie war also doch noch eine revolutionäre Partei, wenn sie auch die Führung dieser Weltrevolution der OHL bzw. dem deutschen Generalstab überließ! Und dies, obwohl der kaiserliche Staat in der höchsten nationalen Gefahr auf die Sozialdemokratie angewiesen war:

„Das war wiederum ein Zug jener tiefen Ironie, an der die Weltgeschichte so reich ist: Der *Sozialismus als Retter des Nationalismus!"*

Selbstverständlich erklärte Lensch auch „Schlagworte" wie: „Keine Annektionen", „Selbstbestimmungsrecht der Völker", „Allgemeine Abrüstung" etc. für abstrakte, ungeschichtliche Forderungen.

Von besonderem Interesse sind die mehr in die Zukunft weisenden Äußerungen: die individualistischen Ideen von 1789 werden abgelehnt, weil „das Freiheitsideal des Sozialismus" sich von dem des Individualismus nicht nur wesentlich unterscheide, sondern umgekehrt „Disziplin und Organisation zur Voraussetzung" habe. Keine Partei habe den Wert der Disziplin mehr betont, keine ihre Lockerung in den eigenen Reihen furchtbarer zu büßen gehabt als die deutsche Sozialdemokratie: *„Sie ist auf unverbrüchliche Haltung der Disziplin ebenso angewiesen, wie die Heeresleitung,* und ihrer ganzen Natur nach könnte sie nie für eine Heeresorganisation eintreten, die eine Lockerung der Disziplin bedeuten würde."

Ja, es sei geradezu der „historische Beruf der Arbeiterklasse, den Vorkampf zu führen für die soziale Reorganisation der Armee". Die Sozialdemokratie sei eben im Zeichen des aufgehenden Sozialismus der geschichtliche Träger der Reform, auch der militärischen, denn am 4. August 1914 sei sie zur „deutschen Zentralpartei" geworden. Erst mit ihrem erwachenden „Staatsbewußtsein" habe sie sich aus einer Agitationsgruppe in eine *politische* Partei gewandelt. Damit werde sie

auch wieder „zur Partei der *Intellektuellen,* nicht zuletzt auch die *Partei der Beamten und der Offiziere",* und könnte nicht mehr ausschließlich die Partei des Industrieproletariats sein, wenn auch diese Klasse noch wie vor „ihre Kerntruppe" bliebe. Am 4. August 1914 habe sich erstmalig die *Identität sozialistischer und nationalistischer Arbeit"* entfaltet.[96]

Stehen wir hier nicht vor einem besonders deutlich ausgedrückten mehrheitssozialdemokratischen Nationalsozialismus?

1916 erschien in Berlin ein weiteres Buch von Johannes Plenge über den deutschen Kriegssozialismus. Vor allem in diesem Werke hat der englische Professor F. A. Hayek einen wichtigen Vorläufer der nationalsozialistischen Ideologie erblickt: denn Plenge versuchte darin, dem Kriegssozialismus eine geschichtsphilosophische Begründung zu geben: dem Ideal der *Freiheit* von 1789 stellte er das Ideal der *Organisation* (für ihn mit dem „Sozialismus" identisch) von 1914 gegenüber. Betrachten wir die „Ideen von 1914" etwas näher:

1914 ist das „Wendejahr" der „Idee der *Organisation* überhaupt", denn in diesem Jahre erfolgte in vorbildlicher Weise die „freiwillige Eingliederung der großen wirtschaftlichen Organe in den Staat", und dieser wurde damit „der alles vereinigende Mittelpunkt aller Glieder des Wirtschaftslebens". Ganz so freiwillig scheint sich allerdings diese Entwicklung doch nicht vollzogen zu haben, denn erst unter der Not des Krieges, so schreibt Plenge später, „schlug die sozialistische Idee in das deutsche Wirtschaftsleben ein." Die neuen Ideen von 1914 entstanden also aus dem Drang zur Selbstbehauptung der deutschen Nation, und sie bestehen im wesentlichen aus der Idee „der deutschen Organisation" und der „*Volksgenossenschaft des nationalen Sozialismus.*" Die Ideen von 1914 sind nicht extrem, halten vielmehr den goldenen Mittelweg ein: „Sie sind weder rein staatssozialistisch, noch rein demokratisch. Sie stehen in der Spannung zwischen Organisation und Individualismus, Beamtentum und Volksfreiheit, zwischen einen System der Menschenpflichten und der Menschenrechte, immer auf der geschichtlichen Fahrt zwischen Scylla und Charybdis." Plenge sieht aber voraus, daß diese Seereise niemals mit völlig geradem Kurs vor sich gehen kann, sondern in wechselnden Abweichungen nach rechts und links, und daß sich auf dem Boden der Ideen von 1914 auch einmal eine Partei mit einem „Mehr der autoritären Orga-

nisation" bilden kann. Ihren Vorzug erblickt er trotzdem in der folgenden Verwandlung der bisherigen sozialistischen Idee:

„Aus einem verworrenen, an den *Anarchismus* anklingenden Programm einer demokratischen *Vergesellschaftung* der Produktionsmittel wird sie zu der straffen Zusammenfassung aller Kräfte des nationalen Produktionsorganismus mit einer zunehmenden Regelung des Verbrauchs, *bei der man nach dem Diktator ruft, weil man den Organisator braucht."*

Diese Ideen von 1914, der deutschen Organisation, treten einen ebenso nachhaltigen Siegeszug über die Welt an, wie einst die Ideen von 1789, die sie ablösen werden, und zwar keineswegs mit friedlichen Mitteln. Im Jahre 1915 hatte Plenge bereits auf Napoleon I. angespielt, indem er schrieb: „Zum zweitenmal zieht ein *Kaiser* durch die Welt als der *Führer eines Volkes* mit dem ungeheuren weltbestürmenden Kraftgefühl der allerhöchsten Einheit." Die Idee der Organisation darf sich eben nicht darauf beschränken, nur im Inneren der Nationen zu siegen, sondern sie muß dies auch „im Aufbau des Staatensystems" und des europäischen Gleichgewichts tun, also zum Prinzip der Neuordnung Europas werden:

„Es kommt aber darauf an, ob wir selber dabei führen, oder ob wir einer anderen Nation die Erbschaft unseres Geistes überlassen wollen."

Plenge sieht *„in einem zertrümmerten Europa"* ein neues Deutschland mit seinen neuen Ideen und seinen neuen geschichtlichen Aufgaben entstehen und „die starke Stütze eines aus dem Fugen geratenen Europas werden" (1915). Schade nur, daß die neue Idee von 1914 im Grunde gar nicht neu ist, da ja die Aufgabe Plenges – wie er selbst zugibt – nur darin bestand und besteht, „das von einem ganzen Volk in der Stunde der geschichtlichen *Not* in ganzer Hingabe *Vollbrachte in die Idee zu erheben."*[97]

Hayek hat auf die gerade in diesem Buche feststellbare Beeinflussung Plenges durch H. G. Wells, in dem Plenge einen hervorragenden Vertreter des modernen Sozialismus sah, aufmerksam gemacht. Nun war Wells bekanntlich der große dritte Mann der englischen „Fabian Society", und sein Lieblingstraum war der moderne Überstaat, den er sich noch 1933 nach dem von ihm für 1940 prophezeiten II. Weltkrieg als eine „sozialistische Welt-Diktatur der Wissenschaftler und

Techniker über den dezimierten Resten der Menschheit" vorstellte. Doch auch die beiden Webbs „waren ostentative Imperialisten", und der Franzose Halévy erinnert sich in seinem Buche: „L'Ère des Tyrannies" (Paris 1938) an die folgenden Äußerungen dieser Mitbegründer der Fabian Society: „Ich höre noch, wie Sidney Webb mir auseinandersetzte, daß die Zukunft den zentral verwalteten Großstaaten gehöre, die *durch Büros regiert* würden und in denen *die Ordnung von Gendarmen aufrechterhalten* würde."[98] Übrigens haben die Webbs auch vor Plenge das Aufkommen des Managersystems vorausgesehen.

Plenge war auch Mitarbeiter der bereits erwähnten, von Parvus herausgegebenen und von Haenisch geleiteten Zeitschrift „Die Glokke", in der sich letzterer zu der Notwendigkeit bekannt hatte, auf dem Boden des nationalen Staates und durch diesen den Sozialismus zu verwirklichen; hier veröffentlichte Plenge zuerst als Aufsatzreihe seine Gedanken über „Die Revolutionierung der Revolutionäre" (dann Leipzig 1918). An einem engen Kontakt Plenges mit „neu-lassalleanischen" Repräsentanten der Mehrheitssozialdemokratie und einigen späteren Programmatikern des rechten Flügels des Parteitages der MSPD in Görlitz 1921 kann demnach nicht gezweifelt werden. Tatsächlich ist zu beobachten, daß die Gedanken von Plenge und Lensch vom einen zum anderen hin und herüber einwirken und von den kleineren Geistern dieses prä-nazistischen Braintrusts aufgegriffen und propagiert werden.

Wir schreiben hier nun keine Geschichte des I. Weltkrieges, sondern haben uns nur die Aufgabe gestellt, anhand der wichtigsten Schriften einiges zur Vorgeschichte der nationalsozialistischen Ideologie aufzuzeigen, soweit es sich auf dem geistigen Boden der mehrheitssozialdemokratischen „Kriegssozialisten" feststellen läßt. Wir dürften also eigentlich mit dem „Kaiser"- oder Kriegssozialismus unsere Studie bzw. unseren Literaturbericht abschließen. Trotzdem glauben wir, daß wir wenigstens noch einen Ausblick auf die Revolutionsperiode 1918/1919 und die ersten Nachkriegsjahre tun dürfen.

Plenge hat sich auch zu den durch die Novemberrevolution 1918 aufgeworfenen Problemen in seinem Sinne geäußert. Zunächst bezweifelte er, daß die Novemberbewegung 1918 eine „eigentliche wirtschaftliche Revolution gewesen" sei, da sie sich nicht gegen unsere Wirtschaftsordnung, den Kapitalismus, gerichtet habe. Im Widerspruch

zu dieser Feststellung forderte Plenge, „die äußere Wiederherstellung des Kapitalismus", dies müsse die wichtigste Sorge der am Ende des Weltkrieges durchgebrochenen sozialistischen Revolution sein! Bei dieser Wiederherstellung des Kapitalismus müßten „alle Lehren der Kriegsorganisation ausgenutzt werden." (Ein Jahr später wird der Sozialdemokrat Otto Neurath Arbeiter- und Soldatenräte sowie eine sozialistische Landesregierung mit seiner These belehren: „Was der *Militarismus* gelehrt hat, wird der *Sozialismus* vollbringen."[99] Alle Kräfte sollten aufs äußerste angespannt werden, „damit die Organisation unserer Kriegswirtschaft erhalten bleibt". Doch „zum Glück war die Organisation unserer Kriegswirtschaft schon eingespielt, so daß sie im wesentlichen nur erhalten zu werden braucht, und die Revolution selbst, namentlich die Matrosen- und Soldatenbewegung, war ... im wesentlichen ziellos und jedenfalls nicht imstande, die eingeschulte, große Arbeiterbewegung der Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Partei völlig zu verdrängen."

Plenge sieht also nach wie vor in den Gewerkschaften und in der Mehrheitssozialdemokratie die Träger des „Kriegssozialismus", des eigentlichen Sozialismus, der im Grunde nur in der „Organisation und Zusammenfassung der Kräfte" bestehe. Dies habe sich wieder einmal in der Bewahrung der straffen Ordnung und Disziplin des deutschen Volkes und der deutschen Arbeitermassen gezeigt. Die Mehrheitssozialisten hätten die Revolution „mit ihren geordneten Reihen im wesentlichen aufgefangen", weil nun einmal „gerade *die an unserem Militarismus geschulte Sozialdemokratie* ihre Bataillone in leidlicher Ordnung aufmarschieren lassen kann." Allerdings müsse die wirkliche und endgültige Mauserung der Mehrheitssozialdemokratie noch über den bisherigen Revisionismus und Reformismus hinaus bis zum „organisatorischen Sozialismus" gehen.

Der Kern dieses Sozialismus bestehe in Ordnung und Pflicht, wofür sich Plenge auf ... Lenin beruft; für ihn gelten die organisatorischen Notwendigkeiten des Großbetriebes mit ihrer straffen Einheitlichkeit, wie sie auch von Lenin für die Leitung der großen Wirtschaftsbetriebe[100] anerkannt worden sei. Ja, Plenge akzeptiert sogar die Losung Trotzkis: „Arbeit, Disziplin und Ordnung können die russische Sowjetrepublik retten!" (Diese fand er in der „Frankfurter Zeitung" vom 7. November 1918 als Anzeige der Schrift gleichen Titels.) „Selbst-

verständlich braucht" dieser organisatorische Sozialismus „einen kräftigen Staat". Dieser bestand damals – nach dem ersten Stoß der Revolution – zunächst in *„einer ganz undemokratischen Autokratie unserer Sozialdemokraten"*. Ein zweiter Stoß werde aber mit der Rückkehr des Frontheeres kommen, denn die Front sei das unschuldige Opfer der Revolution – womit wir vor einer milderen Version der berüchtigten Dolchstoßlegende stehen. Dieser zweite Stoß lasse sich jedoch in eine Bewegung verwandeln, welche die „Wiederkehr der Ordnung" wesentlich stärke. Der dritte Stoß ergebe sich aus den Demobilisierungsschwierigkeiten; wegen der fehlenden Rohstoffe werde es bei der Wiedereingliederung des Heeres in die Arbeitsordnung Schwierigkeiten geben, die sich durch die beschleunigte Entlassung weiblicher Arbeitskräfte noch verstärkten.

Plenge trat deshalb für eine möglichst baldige Nationalversammlung ein, bis dahin sollte aber der immer noch legale Reichstag „einen Übergangsausschuß nach Art eines Kriegskabinetts" bestimmen, der bis zum Zusammentritt der Nationalversammlung an der Spitze des Deutschen Reiches stehe. Denn: „Wir brauchen in dieser schwierigen Übergangszeit auf einem vom ganzen Volke anerkannten Boden in Form rechtens die Gewalt der *Diktatur.*"

Eine solche geordnete Gewalt müsse *vor* der Nationalversammlung da sein und für die Wirtschaft des Volkes und seine Arbeit sorgen. Doch erklärt Plenge den Parlamentarismus in Deutschland als „eigentlich von vornherein unmöglich." Daher solle auch ein neugewählter Reichstag die ganze Verwaltungsarbeit einem „Reichsausschuß" übertragen, der gewissermaßen den „Aufsichtsrat" der „sozialen Demokratie" darstelle. Die Minister sollen nicht nur aus dem Parlament, sondern aus allen irgend geeigneten Kreisen ausgewählt werden, sozusagen als „Verwalter der Demokratie". Der Kanzler verkörpere dann gewissermaßen den „Generaldirektor", seine Minister wären quasi seine Mitdirektoren. Wir stehen hiermit vor der echten politischen Spitze einer „direktorialen Gesellschaft", wie der französische Marxist Maximilien Rubel das Managerregime bezeichnet.[101]

Aber es ist ja noch gar nicht die Spitze des Staates! Plenge schlägt allen Ernstes vor, in die kommende (Weimarer) Verfassung „die *Krone* einzugliedern". Der Reichsausschuß brauche einen Vorsitzenden, gewissermaßen einen „Verwaltungskaiser", eine Ausgestaltung des

Königtums, das auch als „Wahlkönigtum" gedacht und versuchsweise über eine „Regentschaft" eingeführt werden könnte.[102]

Die Gedanken Plenges und die anderer Staatssozialisten außerhalb und innerhalb der Mehrheitssozialdemokratie haben nicht nur auf die bisherigen grundsätzlichen Anhänger einer planwirtschaftlichen Gesellschaft kräftig eingewirkt, sondern infolge der kriegswirtschaftlichen Maßnahmen des Kaiserreiches auch in gewissen Kreisen der Beamtenschaft Anklang gefunden. Ja, manche Formen der Kriegswirtschaft wurden sogar zum Vorbild der sozialistischen Projekte und der Sozialisierungskommission in der Epoche 1918/1919. Es war daher kein Zufall, daß Rudolf Wissel zum Mitarbeiter an seinen Sozialisierungsideen ausgerechnet den Initiator der Kriegs-Rohstoff-Organisation, Wichard von Moellendorff, heranzog.[103]

Die Nachwirkung der kriegssozialistischen Ideen von 1914 läßt sich auch noch deutlich in den Debatten auf dem Görlitzer Parteitag der Mehrheitssozialdemokratie (1921) verfolgen, obwohl das auf ihm beschlossene Programm Konzessionen nach links, an die Adresse der USPD, machte. Ludwig Quessel erklärte, daß auf diesem Parteitag Jean Jaurès, der auf dem Internationalen Kongreß in Amsterdam (1904) für das Hineingehen in den Staat gegenüber Bebels Staatsverneinung auf dem Dresdner Parteitag (1903) eingetreten war, über August Bebel gesiegt habe.[104]

Die Mehrheitssozialdemokratie erklärte offiziell, daß sie auf dem „Umwege" über den von ihr anerkannten Staat zum Sozialismus kommen wolle; also mit den legalen Mitteln der parlamentarisch-demokratischen Republik, deren Form seit 1891 ebenfalls von der Bebelschen Sozialdemokratie als „Bourgeois-Staat" unter die grundsätzliche Staatsverneinung gefallen war. Dabei waren sich die führenden mehrheitssozialdemokratischen Ideologen vollkommen klar darüber, daß der I. Weltkrieg den Staatsgedanken „bis in seine Wurzeln hinein erschüttert" hätte. Friedrich Stampfer z. B. führte aus:

„Der Weltkrieg war in allen Ländern die Omnipotenz, die Allmacht des Staates; der Mensch war nichts mehr, der Staat war alles. Der Staat nahm die Menschen in die Hand und schleuderte sie gegen feindliche Tanks und Maschinengewehre; der Staat erteilte Aufträge, der Staat bezahlte, der Staat regulierte die Kriegswirtschaft. Er schnitt jedem sein Brot zu, er kontrollierte die öffentliche Meinung. Dieser Über-

spannung des Staatsgedankens ist notwendigerweise eine ruckartige Entspannung und Erschlaffung gefolgt."

Damit bestand die Gefahr, daß mit dem Sturz des Kaisertums auch der Staat selbst zusammenbrach. Daß dies nicht geschah, sondern daß der Staat in der neuen Form der demokratisch-parlamentarischen Republik fortbestehen konnte, dies sei wesentlich das Verdienst der Mehrheitssozialdemokratie gewesen:

„Durch die Republik hat die Sozialdemokratie dem Volke *sein höchstes Gut, den Staat gerettet;* denn wo kein Staat ist, da ist Anarchie. (Sehr richtig!) Wo Anarchie ist, da kann wohl Kapitalismus gedeihen, aber niemals Sozialismus. (Lebhafte Zustimmung.) Wenn ich sage: Republik und Sozialismus, Republik und Sozialdemokratie gehören zusammen, dann heißt das auf die heutigen Verhältnisse angewandt genau so viel, als wenn ich sage: *Staat und Sozialismus,* Staat und Sozialdemokratie *gehören zusammen.* "[105]

Das war also weniger der Sieg von Jaurès über Bebel, es war vor allem der Sieg von Ferdinand Lassalle über Marx und Engels! Es ist an dieser Stelle nicht angebracht, eine Kritik dieser Ausführungen Friedrich Stampfers und der Görlitzer Illusion überhaupt zu beginnen. Eines verdichtet sich mir jedenfalls zu immer stärkerer Gewißheit: hätte Sinowjew nicht die USPD gespalten, so daß der linke Flügel in die KPD ging, und der rechte in die SPD heimkehrte, dann wäre wohl die Mehrheitssozialdemokratie einen politischen Weg weitergegangen, der dem Nationalsozialismus kaum noch etwas übrig gelassen haben würde. So hielten die zurückkehrenden USPD-Genossen den in Görlitz programmatisch bestimmten Kurs auf, der die Mehrheitssozialdemokratie mit jener Funktion belastet hätte, welche die NSDAP nach 1925 immer bewußter auf sich nahm, seit dem Jahre also, in dem das neue Heidelberger Programm (als Kompromiß zwischen dem Erfurter und Görlitzer!) die Mehrheitssozialdemokratie daran hinderte, allzu offen und allzu bald nationalsozialistisch zu werden. Die sozialen Kräfte, die bis dahin ihre Hoffnungen auf die MSPD gesetzt hatten, mußten sich ab 1925 nach einer anderen Massenbasis umsehen bzw. eine solche finanzieren und organisieren. *Der deutsche Nationalsozialismus entstand also 1914* und zu einem wesentlichen Teile innerhalb der rechten Sozialdemokratie, und er endete hier bald nach dem Görlitzer Programm von 1921, um auf einer anderen Grundlage teils konsequen-

ter, teils variiert fortentwickelt zu werden. Diese Weiterentwicklung haben wir hier nicht mehr zu verfolgen.

Anmerkungen

[1] Nachum Goldmann, *Der Geist des Militarismus*, Stuttgart/Berlin 1915, S. 39.
[2] Heinrich Mann, *Ein Zeitalter wird besichtigt*, Berlin 1947, S. 321.
[3] Curt Bley, *Das Werk Kurt Schumachers*, in: *Welt am Sonntag* Nr. 34 vom 24. August 1952.
[4] Elly Brücker, *Demokratie und Sozialismus*, (Phil. Diss.) Köln 1928, S. 26.
[5] In einem Brief an den Nachfolger Lassalles, von Schweitzer, abgedruckt in: *Die Neue Zeit*, XV. Jg. (1897), Bd. I, S. 8.
[6] Werner Sombart, *Sozialismus und soziale Bewegung*, Jena [6]1908, S. 183.
[7] Hermann Heller, *Einleitung* (zur Reclam-Ausgabe des *Arbeiterprogramms* von F. Lassalle), Leipzig 1919, S. 12.
[8] Max Beer, *Allgemeine Geschichte des Sozialismus und der sozialen Kämpfe* (V. Teil), Berlin 1923, S. 67.
[9] So die *Vorbemerkung* zur Ausgabe des *Arbeiterprogramms* im Bollwerk-Verlag, Offenbach/Main 1946, S. 6.
[10] Karl Renner, *Lassalles geschichtliche Stellung*, in: *Die Gesellschaft*, 11. Jg. (1925), Bd. 1, S. 309.
[11] Rudolf Lindau, *Probleme der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung*, Berlin 1947, S. 18.
[12] W. I. Lenin, *Was tun? Brennende Fragen unserer Bewegung (1902)*, in: Ders., *Werke* Bd. 5, Berlin 1955, S. 397 f.
[13] Julius Vahlteich, *Ferdinand Lassalle und die Anfänge der deutschen Arbeiterbewegung*, München o.J., S. 21 f., 22, 50 und 85.
[14] Ferdinand Lassalle, *Arbeiterprogramm*, Leipzig 1919, S. 66 f.; in der Ausgabe Offenbach/Main 1946, S. 40 f.; in der Auswahl von Karl Renner, Berlin 1923, S. 184 f.; in *Gesammelte Reden und Schriften*, hrsg. und eingeleitet von Eduard Bernstein, Berlin 1919, Bd. II, S. 197 f.
[15] Ferdinand Lassalle, *Die indirekte Steuer und die Lage der arbeitenden Klassen*, in: *Gesammelte Schriften*, Bd. II, S. 484 und 485.
[16] Gustav Mayer, *Rodbertus und Lassalle*, in: *Die Gesellschaft*, 1. Jg. (1924), Bd. I, S. 526.
[17] Gustav Mayer, *Bemerkungen zu „Marx und Lassalle"*, in: *Die Gesellschaft* (1925), Bd. 1, S. 326.
[18] Julius Frese, *Zur Frage von der Staatshilfe*, in: *Democratische Correspondenz* vom 29. März 1870; zitiert nach Gustav Mayer, *Lassalle und die Monarchie*, enthalten in: *Aus der Welt des Sozialismus*, Berlin 1927, S. 43.
[19] Vahlteich, *a.a.O.*, S. 25.
[20] *Ebd.*, S. 39.
[21] *Ebd.*, S. 40.

[22] Auswahlband von Karl Renner, S. 472 f.; Gesamtausgabe von Bernstein, Band IV, S. 225 f.

[23] Eduard Bernstein, *Ferdinand Lassalle. Eine Würdigung des Lehrers und Kämpfers*, Berlin 1919, S. 37 f.

[24] Vahlteich, *a.a.O.*, S. 75.

[25] *Ferdinand Lassalles Tagebuch*, herausgegeben und eingeleitet von Paul Lindau, Breslau 1891, S. 180.

[26] Tim Klein, *Der Kanzler. Otto von Bismarck in seinen Briefen, Reden und Erinnerungen sowie in Berichten und Anekdoten seiner Zeit*, Ebenhausen-München/Leipzig 1919, S. 309.

[27] Eduard Bernstein, *Ferdinand Lassalles Kampf um Bismarck*, in: *Die Gesellschaft*, VI. Jg., 1929, Bd. I, S. 315; Ders., *Ferdinand Lassalle*, Berlin 1919, S. 272 f.

[28] Gustav Mayer, *Rodbertus und Lassalle*, a. a. O., S. 526.

[29] Ferdinand Lassalle, *Der Hochverratsprozeß ... vor dem Staatsgerichtshofe zu Berlin am 12. März 1864*, Gesamtausgabe von Bernstein, 1919, Band IV, S. 159 ff.; Auswahlband von Renner, 1923, S.460 f.

[30] Gustav Mayer, *Bismarck und Lassalle*, Berlin 1928, S. 60.

[31] Vahlteich, *a.a.O.*, S. 67.

[32] Karl Zwing, *Die Geschichte der deutschen freien Gewerkschaften*, Jena 1922, S. 9.

[33] F. A. Hayek, *Der Weg zur Knechtschaft*, hrsg. von Wilhelm Röpke, Erlenbach-Zürich o. J. (1943/1944) S. 44 f., 51 usw.

[34] Vahlteich, *a.a.O.*, S. 86.

[35] *Ebd.*, S. 36.

[36] Friedrich Engels, *Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft*, in: MEW 19, S. 221f.; W. I. Lenin, *Staat und Revolution. Die Lehre des Marxismus vom Staat und die Aufgaben des Proletariats in der Revolution,* in: Ders., *Werke,* Bd. 25. Berlin 1960, S. 445; Elly Brücker, *Gurland, Marxismus und Diktatur*, (Diss. Phil.) Leipzig 1930, Kapitel VIII.

[37] Karl Kautsky, *Sozialdemokratie und Sozialliberalismus*, in: *Die Neue Zeit*, IX. Jg. (1891), Bd. II, S. 634.

[38] Georg von Vollmar, *Über Staatssozialismus,* Nürnberg 1892.

[39] Karl Kautsky, *Vollmar und der Staatssozialismus*, in: *Die Neue Zeit*, X. Jg., 1892, Bd. II, S. 705 ff.

[40] *Noch einmal Staatssozialismus,* von einem Staatsbeamten, in: *Die Neue Zeit*, XI. Jg., 1892, Bd. I, S. 154 f.

[41] Georg von Vollmar, *Zur Streitfrage über den Staatssozialismus*, in: *Die Neue Zeit*, ebd., S. 196 - 210.

[42] Karl Kautsky, *Der Parteitag und der Staatssozialismus*, in: *Die Neue Zeit*, ebd., S. 214 ff. und 219 f.

[43] August Bebel, *Der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie*, in: *Die Neue Zeit*, ebd., S. 301 f.

[44] Karl Marx, *Zur Kritik des Sozialdemokratischen Parteiprogramms 1891*, aus dem Nachlaß von Karl Marx, herausgegeben von Friedrich Engels, in: *Die Neue Zeit*, IX. Jg., (1891), Bd. I, S. 561 ff., sowie in: *MEW* 22, S. 225 ff.

[45] Ernst Nölting, *Grundlegung und Geschichte der Sozialpolitik*, Berlin [2]1932, S 81 - 85.

[46] Ludwig Heyde, *Abriß der Sozialpolitik*, Leipzig [7]1931, S. 37.

[47] *Der sozialdemokratische 'Zukunftsstaat'. Verhandlungen des deutschen Reichstags am 31. Januar, 3., 4., 6. und 7. Februar 1893.* Veröffentlicht nach dem offiziellen stenographischen Bericht, Berlin 1893, S. 12, 45, 15, 48, 72, 85 und 118.

[48] *Der sozialdemokratische ‚Zukunftsstaat'*, a.a.O., S. 35, 42 f., 45, 48 f., 50, 51 und 110 f.; Friedrich Engels, *Juristen-Sozialismus*, zuerst in: *Die Neue Zeit*, V. Jg., (1887), S. 49-62; jetzt in: *MEW* 21, S. 491 ff.

[49] Heinrich Laufenberg, *Sozialdemokratie und Verstaatlichung*, in: *Die Neue Zeit*

[50] *Der sozialdemokratische ‚Zukunftsstaat'*, a.a.O., S. 33, 46, 57 f., 101 f.

[51] *A. a. O.*, S. 40 und 102f.

[52] *A. a. O.*, S. 118 und 123.

[53] Theodor Reese, *Der Zukunftsstaat*, Hamburg 1905, S. 20 und 34.

[54] Hans Staubinger, *Der Staat als Unternehmer*, mit einer Einleitung von Walther Schreiber, Berlin 1932, S. 25.

[55] Ferdinand Tönnies, *Die Entwicklung der sozialen Frage bis zum Weltkriege*, Berlin/Leipzig [4]1926, S. 137.

[56] Heinrich Laufenberg, *Sozialdemokratie und Verstaatlichung*, a.a.O., S. 473ff.

[57] *Der sozialdemokratische 'Zukunftsstaat'*, S. 104 f.

[58] *Ebd.*, S. 19.

[59] Vgl. hierzu die kritische Rezension: I. B. Askew, *Modernisierter Marxismus*, in: *Die Neue Zeit*, XXXII. Jg. (1914), Bd. I, S. 692.

[60] Oda Olberg, *Der kritische Augenblick des Marxismus*, in: *Die Neue Zeit*, XXVI. Jg. (1908), Bd. I, S. 819.

[61] Johann Plenge, *Marx und Hegel*, Tübingen 1911, S. 180 f. Plenge hat 1950 unter Hinweis auf die zitierte Stelle beansprucht, einer der allerersten deutschen Denker gewesen zu sein, die das Managerproblem vor Burnham und Groß gesehen hätten. Als man ihn auf die bekannten Äußerungen von Marx über die „Manager" hinwies, bedauerte er zwar, diesen kurzen theoretischen Lichtblick 1911 vergessen zu haben, stellte aber anklagend die Frage, warum ihn damals „kein marxistischer Leser seines *Marx und Hegel* auf diese Stelle bei Marx in *Das Kapital*, Bd. III, aufmerksam gemacht" habe. Ganz davon abgesehen, daß schon 1910 Rudolf Hilferding darauf hingewiesen hat, daß „die Angestellten ... in hierarchischer Abstufung zu den eigentlichen Leitern der Produktion werden" (*Das Finanzkapital*, Berlin 1947, S. 482), erlaubte ich mir, Prof. Plenge meine Kritik an Burnham (in: *pro und contra*, 1949, Nr. 3) als Antwort auf seine Feststellung eines „tödlichen Widerspruchs im Marxismus" zuzusenden. (Siehe: *Finanzarchiv*, Tübingen 1951, Bd. XII., Heft 3,

S. 389 ff. und *Betriebswirtschaftliche Forschung und Praxis*, Wolfenbüttel 1950, Heft 11, S. 685 ff.). In zwei Briefen vom 13. Februar und 16. März 1951 versuchte mich dann Plenge davon zu überzeugen, daß ich „nun einmal über Marx hinaus die richtige Formel aufgestellt" hätte, „daß das Proletariat bestenfalls nur durch die soziale Kontrolle der Manager zur Herrschaft aufsteigen kann". Ich mußte ihm darauf am 30. März erwidern, daß er meine geistige Originalität überschätze. Es wird soviel Gutes und Richtiges vergessen, daß ich mich gerne darauf beschränke, daran zu erinnern, im Sinne des Goethe-Wortes: „Alles Gescheite ist schon einmal gedacht worden, man muß nur den Mut haben, es nochmals zu denken!" Und sachlich hatte Plenge meine Ansicht nicht genau wiedergegeben, wie sich jeder überzeugen kann (a. a. O., S. 19 und 22). Im übrigen kann auf die Beziehungen des hier behandelten Etatismus in der Sozialdemokratie mit dem Managerproblem nicht näher eingegangen werden. Jedenfalls darf man es sich nicht so einfach machen wie die *Arbeiterpolitik*, die erklärt, innerhalb des kapitalistischen Lohnsystems fungiere der Manager als Lohnarbeiter und nicht als Unternehmer! (1949 Nr. 8.) Auf diese Weise verbaut man sich jeden Weg zum Verständnis der neuen Erscheinungsformen des Spätkapitalismus.

62 *A. a. O.*, S. 19.

63 *Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der SPD abgehalten zu Lübeck vom 22. bis 28. September 1901*, Berlin 1901, S. 263 - 273 und die Resolution Nr. 110 auf S. 99 und 284.

64 Eduard Bernstein, *Zur Reichsfinanzaufbesserung*, in: *Sozialistische Monatshefte*, 1909, Bd. II, S. 773.

65 *Sozialistische Monatshefte*, 1909, Bd. II, S. 939.

66 Hanns Maximilian Calmann, *Die Finanzpolitik der deutschen Sozialdemokratie*, S. 155 ff.; Calmann, *a. a. O.*, S. 199 ff.

67 *Sozialdemokratische Partei-Korrespondenz*, 8. Jg., Nr. 9 vom 3. Mai 1913, S. 155 ff.; *Calmann, a. a. O.*, S. 199 ff.

68 Calmann, *a. a. O.*, S. 221 f.; Friedrich Lenz, *Staat und Marxismus*, Stuttgart 1921, S. 175.

69 Vgl. hierzu: Hans Staudinger, *a. a. O.*, S. 32 f.

70 Karl Diehl, *Über Sozialismus, Kommunismus und Anarchismus. Fünfundzwanzig Vorlesungen*, Jena ^{5}1923, S. 378 f.

71 Eugen Varga, *Probleme der Kriegswirtschaft*, in: *Die Neue Zeit*", XXXIII. Jg., 1915, Bd. 1, S. 457 ff.

72 E. J. Gumbel, *Das Stahlbad des Krieges*, hrsg. Deutsche Liga für Menschenrechte, Berlin o. J., S. 6 und 7.

73 Karl Renner, *Marxismus, Krieg und Internationale*, Stuttgart 1918, S. 12; vgl. auch bei Diehl, *a. a. O.*, S. 380.

74 Eugen Varga, *Die wirtschaftspolitischen Probleme der proletarischen Diktatur*, Wien ^{2}1921, S. 51, Fußnote.

75 W. I. Lenin, *Briefe über Taktik. Erster Brief*, in: Ders., *Die Bolschewiki müs-*

sen die Macht ergreifen. Briefe an das ZK, an das Petrograder und das Moskauer Komitee der SDAPR, in: *Werke* Bd 25, Berlin 1961, S. 1- 3.

[76] Friedrich Naumann, *Mitteleuropa*, Berlin 1915, S. 108 und 140

[77] Johann Plenge, *Der Krieg und die Volkswirtschaft,* Münster i. W. [2]1915, S. 85, 99 und 171 f.

[78] Walther Rathenau, *Deutschlands Rohstoffversorgung,* Berlin 1918, S. 5, 11 und 12.

[79] Edgar Jaffé, *Volkswirtschaft und Krieg*, Tübingen 1915, S. 12.

[80] Wichard von Moellendorff, *Deutsche Gemeinwirtschaft*, Berlin 1916, S. 29.

[81] Hans von Seeckt, *Aus meinem Leben 1866 - 1917,* Hrsg. Friedrich von Rabenau, Leipzig 1941, S. 302.

[82] Wilhelm von Blume, *Der deutsche Militarismus,* Tübingen 1915, S. 21.

[83] Otto von Gierke, *Der deutsche Volksgeist im Kriege*, Stuttgart/Berlin 1915, S 18.

[84] Nachum Goldmann, *Der Geist des Militarismus*, Stuttgart/Berlin 1915, S. 13, 16 f., 39 und 27.

[85] Gustav Tuch, *Der erweiterte deutsche Militärstaat in seiner sozialen Bedeutung*, Leipzig 1887; vgl. die kritische Rezension von Karl Kautsky in: *Die Neue Zeit*", V. Jg., 1887. S. 331 ff.

[86] Zitiert in der Broschüre *Sozialdemokratie und nationale Verteidigung*!, gedruckt vom *Vorwärts*, Berlin o. J., S. 22.

[87] Anton Fendrich, ‚*Der Krieg und die Sozialdemokratie*, Stuttgart/Berlin 1915, S. 16, 27, 30.

[88] Ebd., S. 47.

[89] August Winnig, *Der Weltkrieg vom Standpunkte des deutschen Arbeiters,* Hamburg 1915, S. 29, 33 f., 31.

[90] Evelyn Anderson, *Hammer oder Amboß. Die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung,* Nürnberg 1948, S. 217 ff.

[91] Winnig, *a.a.O., S.* 42 und 45 ff.

[92] *Sozialdemokratie und Landesverteidigung,* hrsg. Bezirksvorstand der Provinz Brandenburg, Berlin 1915, S. 2.

[93] *Sozialdemokratische Partei-Korrespondenz,* 9. Jg., Nr. 16 vom 27. Juli 1914, S. 301 ff. und 315.

[94] Max Cohen (Reuß), *Das Volk und der Krieg,* Berlin 1916, S. 42 f. und 46.

[95] Anton Fendrich, *Ein Wort an die unten und an die oben von einem deutschen Sozialdemokraten,* Stuttgart 1916, S. 22 f.

[96] Paul Lensch, *Die deutsche Sozialdemokratie und der Weltkrieg,* Berlin 1915; Winnig, *a. a. O.,* Fußnote S. 15.

[97] Oswald Spengler, *Preußentum und Sozialismus,* München 1925, S. 51; Paul Lensch, *Drei Jahre Weltrevolution,* Berlin 1918.

[98] Paul Lensch, *Die Sozialdemokratie, ihr Ende und ihr Glück,* Leipzig 1916, S.58, 120 f., 123 f., 149 f., 157 ff., 175, 188 f., 207 ff., 211 f., und 217.

[99] Johann Plenge, *1789 und 1914. Die symbolischen Jahre in der Geschichte des politischen Geistes,* Berlin 1916, S. 15, 72, 82, 86, 130 und 146 f.

[100] Edgar Reichel, *Der Sozialismus der Fabier,* Heidelberg 1947, S. 52; F. A. Hayek, *a. a. O.,* S. 215.

[101] Zitiert bei Otto Rühle (Carl Steuermann), *Weltkrise – Weltwende. Kurs auf Staatskapitalismus,* Berlin 1931, S. 160.

[102] Lenin, in: *Internationale Korrespondenz*, Nr. 45 vom 12. Juni 1918.

[103] Maximilien Rubel, *Reflexions sur la Société Directoriale*, in: *La Revue Socialiste,* Paris, Februar 1951.

[104] Johann Plenge, *Durch Umsturz zum Aufbau,* Münster i. W. 1918. S. 7 f., 18 f., 20, 21 ff., 27, 30, 39, 44, 47, 54 ff., 58, 62 f., 63, 65, 68 f. und 73.

[105] Hans Staudinger, *a. a. O.,* S. 33 und 39 f..

[106] Ludwig Quessel, *Der moderne Sozialismus,* Berlin 1919, S. 11.

[107] *Das Görlitzer Programm* (1921), Offenbach 1947, S. 48 f.